Courier.

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.

Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags. Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1 Mk. Postzeitungsliste: Nr. 1612. Verantwortl. Redakteur und Verleger: Max Pause, Rixdorf.	Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Telephon: Amt VII, 3348. Geöffnet: 9—1 Uhr Vorm., 3—7 Uhr Nachm., Sonntags geschl. Redaktionsschluß am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.	Annonzen: die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pf. Im Abonnement entsprechender Rabatt. Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 3. | **Berlin, den 2. Februar 1902.** | **6. Jahrg.**

Wie der Herr, so der Knecht!

In den Kreisen unserer Unternehmer, und zum Theil bedauerlicher Weise auch unter vielen Berufskollegen, herrscht heute am Anfang des 20. Jahrhunderts noch die Anschauung, daß die „Herren" etwas Besseres, eine Art Menschen erster Klasse, seien, während die Arbeiter oder gar die Knechte als Menschen zweiter resp. dritter Güte rangiren. Daß diese veraltete Ansicht lediglich dazu berufen, die „Autorität" der „Herrschaften" aufrecht zu erhalten, wird jedermann begreifen. Mit den Anschauungen fortgeschrittener moderner Menschen hat sie nichts zu thun. Die modernen Ansichten über die Menschen und ihre Gleichberechtigung faßt der Musen Liebling Heinrich Heine schon so schön in die inhaltsschweren Worte zusammen:

„Alle Menschen gleichgeboren, sind ein adelig Geschlecht!"

Trotzdem ist heute vielfach noch die Gleichberechtigung aller Menschen ein Luftgebilde, das sehr wenig reale Unterlagen besitzt. Da ist beispielsweise der Satz, daß alle Menschen als Kinder Gottes Brüder seien, trotzdem Jedermann weiß, daß die Vertreter der Religion zwischen Arm und Reich, Vornehm und Gering ganz auffallende Unterschiede machen. Da ist ferner die Behauptung, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich seien, trotzdem die Verschiedenheit der Behandlung, die ein Fabrikant oder Junker resp. ein Arbeiter im heutigen Staatswesen erfährt, zum Himmel schreit. Da ist endlich die Phrase von der bürgerlichen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, worüber beinahe die Pferde lachen.

Seit einigen Jahrzehnten spielt auch der Satz, daß die Arbeiter den Unternehmern gleichberechtigt seien, eine bedeutende Rolle. Er ist gewissermaßen zu einem Programmsatze geworden, und wird von den Sozialpolitikern immer wieder als eine Wahrheit hingestellt, die auf den Entwickelungsgang der modernen deutschen Sozialpolitik bestimmend einwirkte. Die aus dem Jahre 1890 stammenden Februarerlasse unseres jetzigen deutschen Kaisers stellen es sogar als eine Aufgabe des Staates hin, „den Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung zu wahren". Diesem selben Gedanken hatte der Kaiser bereits kurz nach seiner Thronbesteigung Ausdruck gegeben, als er an eine Deputation der Grubenbesitzer von Rheinland und Westfalen die Aufforderung richtete, man müsse den Arbeitern die Ueberzeugung beibringen, daß sie dem Unternehmerthum gleichberechtigt seien und daß sie auch nach dem Prinzip der Gleichberechtigung behandelt würden.

Früher hat die Bourgeoisie die Gleichberechtigung der Arbeiter, theoretisch wenigstens, anerkannt. Nach liberalmanchesterlicher Auffassung treten sich auf dem Arbeitsmarkte zwei freie, gleichberechtigte Personen gegenüber: der Arbeiter als Besitzer seiner Waare Arbeitskraft und der Kapitalist als Geldbesitzer. Der Arbeiter will seine Waare verkaufen, der Kapitalist will sie kaufen; Verkäufer und Käufer sind aber rechtlich gleich; Zwang existirt zwischen ihnen nicht; der Veräufer kann verkaufen, wenn es ihm paßt, der Käufer kann kaufen, wenn er will; keiner hat das Recht den anderen zu zwingen. Diese theoretische Auffassung blieb so lange maßgebend, wie die Arbeiter von ihrer Gleichberechtigung keinen Gebrauch machten. Als sie aber den Anspruch erhoben, die Theorie in die Praxis umsetzen zu wollen, als sie die Forderung aufstellten auch ein Wörtlein mitreden zu wollen, da fiel diese wunderschöne liberalmanchesterliche Theorie wie ein Kartenhaus zusammen und das Kapitalprotzenthum, diese herrlichste Blüthe der modernen göttlichen Weltordnung, erschien auf der Bildfläche. Seit dieser Zeit führt das Unternehmerthum einen erbitterten, rücksichtslosen Kampf gegen das Streben der organisirten Arbeiterklasse, die Gleichberechtigung mit dem Unternehmerthum, die bislang noch auf dem Papiere steht, zur Wahrheit zu machen. Dies ist das ideale Streben des Proletariats, das mit dem Kampf um materielle Besserstellung parallel läuft. Die modern empfindenden Arbeiter wollen nicht nur ihren Antheil an den wirthschaftlichen Gütern vermehren, um besser leben zu können, sondern sie wollen auch ihre Sklavenhülle abstreifen und dem Unternehmer nicht mehr als Mensch zweiter Klasse, sondern als Gleichberechtigter gegenübertreten. Das Eine bedingt übrigens das Andere.

Schärfer noch als die Forderung des Proletariats nach besserer Lebenshaltung bekämpft das Kapitalprotzenthum die Forderung auf Gleichberechtigung. Trotz dieser Bekämpfung findet aber der Gedanke einer Demokratisirung der Arbeitsweise immer mehr Boden und die Idee eines Gewerbekonstitutionalismus dringt in immer mehr Köpfe. Das erregt natürlich den Zorn des Scharfmacherthums und der Sekretär des Scharfmacherverbandes, Dr. Alexander Tille, spuckt in einem Artikel der „Industrie-Zeitung" Gift und Galle gegen „die Anmaßung" der Arbeiterklasse und „die sozialpolitischen Quackfalber", die das Streben des Proletariats für berechtigt halten. Er schreibt seinen Brodherren, den Leuten vom Zentralverbande der Großindustriellen, das Verdienst zu, „die unberechtigten Gleichheitsideen" stets energisch bekämpft zu haben.

„Statt sich kleine Zugeständnisse abpressen zu lassen," so schreibt er, „wiesen sie (die Herren vom Zentralverbande der Großindustriellen) Jahrzehnte lang auf das Ideologische und Irrsinnige jener Drohungen und Forderungen hin. Das feste Vertrauen darauf, daß die wirkliche wirthschaftliche Entwickelung ihnen doch schließlich recht geben müsse, gab ihnen den Muth, auch dann noch auszuhalten, als sich die sozialistische Doktrin bis auf das ökonomische Katheder durchgefressen hatte und man begann, angebliche Wissenschaft gegen das Unternehmerthum ins Feld zu führen. Als der Verein für Sozialpolitik sich gänzlich auf die Seite des Kathedersozialismus schlug, da blieb nur noch der Zentralverband deutscher Industrieller als offener Gegner der Sozialmoralisten und Sozialideologen auf dem Kampfplan und bekämpfte jeden Versuch, mittelst der Gesetzgebung das Wirthschaftsleben nach anderen als wirthschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln. Insbesondere lehnte er es ab, das Wirthschaftsleben dadurch still zu stellen, daß er die Ungeheuerlichkeit anerkannte, mit dem Unternehmer sei die Gesammtheit seiner Arbeiter „gleichberechtigt" und müsse deshalb genau so viel Einfluß auf sein Geschäft haben als er selbst. In England hat man diese Narrheit „industrielle Demokratie" genannt. Wer in einer industriellen Anlage sein Eigenthum riskirt, wer die finanzielle Verantwortung für die aus ihr entspringenden Verpflichtungen trägt, wer seine Arbeitskraft in ihre technische und wirthschaftliche Organisation steckt, der muß auch innerhalb des vom Gesetze gezogenen Rahmens die freie Entscheidung darüber haben, ob er überhaupt Arbeiter beschäftigt, welche er beschäftigt, und unter welchen Bedingungen er es thut. Jeder Uebergriff von seiner Seite findet ganz von selbst seinen Ausgleich. Wer unbillig oder hart ist, der wird bei jeder Aufschwungszeit, bei jeder Zeit reichlicher Arbeitsgelegenheit seine Arbeiter oder doch seine besten Arbeiter einbüßen. Niemand wird diesen je das Recht verkümmern wollen, ihre Arbeitskraft möglichst hoch wirtschaftlich zu verwerthen, und noch nie ist von Seiten der deutschen Industrie ein Schritt unternommen worden, dieses Recht den Arbeitern einzuschränken."

Der letzte Satz enthält eine bewußte Unwahrheit, die zu den sonstigen Verdrehungen des sozialpolitischen Hochstaplers Tille ganz vorzüglich paßt. Im übrigen können wir nur die brutale Offenheit des Oberkulis loben, mit der er die Forderung eine Gleichberechtigung zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Ungeheuerlichkeit und eine Narrheit nennt. Dieses Eingeständniß ist unbezahlbar. Es bestätigt lediglich die oftmals wiederholte Behauptung der Arbeiterpresse, daß die Gleichberechtigung im Wirthschaftsleben eine Phrase ist und daß die Scharfmacher gar nicht daran denken, ihre Alleinherrschaft aufzugeben. Sie sind und wollen sein die Herren, deren Wille Gesetz ist, und die Arbeiter sollen nach wie vor die Sklaven bleiben, welche der Willkür ihrer Herren unterworfen sind. Die erwähnten Worte des deutschen Kaisers werden für eine Ungeheuerlichkeit erklärt und der theoretische Grundsatz des Manchesterliberalismus wird als Narrheit bezeichnet.

Und wie begründet der Oberkuli diese seine Behauptung? Eine gröbere Verdrehung als diese sog. Begründung ist uns noch nicht vorgekommen. Es handelt sich ja gar nicht darum, dem Unternehmer vorzuschreiben, ob er Arbeiter beschäftigen und welche er beschäftigen soll, es handelt sich lediglich um die Frage, ob der Unternehmer die Arbeitsbedingungen einseitig festsetzen darf. Das ist's, was wir bestreiten. Wir behaupten nämlich, daß der Arbeiter das Recht haben muß, ein Wort mitzusprechen über die Bedingungen, unter denen der Kapitalist seine Arbeitskraft ausbeutet. Lächerlich ist es, wenn Tille davon redet, daß der Unternehmer sein Eigenthum riskirt und seine Arbeitskraft in den Betrieb hineinsteckt. Thut dies der Arbeiter nicht ebenfalls? Der Arbeiter riskirt in vielen Fällen nicht nur seine Arbeitskraft, also sein einziges Eigenthum, sondern sogar sein Leben. Und er sollte nichts zu sagen haben im Betriebe?

Der frühere preußische Staatsminister Freiherr von Berlepsch hat vor Kurzem in einem Vortrage die Frage der Gleichberechtigung der Arbeiter behandelt und es beklagt, daß dieser Gedanke nur so schwer in die Köpfe der Unternehmer eindringt. „Die Anschauung", so sagt er, „daß der Lohnzahlende der Herr und der Arbeiter der Untergebene sei, sitzt noch in allen Ständen fest. Es ist im hohen Grade bemerkenswerth, wie schwer die Menschen sich von dieser Anschauung los machen können. Daß dem Arbeitgeber im Arbeitnehmer ein Kontrahent gegenübersteht, dem in Bezug auf die Festsetzung der Arbeitsbedingungen dasselbe Maß von Recht und derselbe Anspruch an wirksame Wahrung seiner Interessen zusteht, wie jenen, das will noch nicht in die Köpfe der Unternehmer hinein. Dieser Anspruch auf Gleichberechtigung, um den sich heute im Wesentlichen der soziale Kampf dreht, widerspricht der Ueberlieferung, man darf sich daher nicht wundern, wenn er nur langsam und nach heftigem Sträuben durchdringt. Es wird auch bezüglich des Herrenbewußtseins eine gewisse Zeit vergehen, bis die Menschen die Unvereinbarkeit der Ueberlieferung mit dem Gewordenen anerkennen." Und weiter hebt der Redner die Bedeutung dieser Frage für die moderne Sozialpolitik hervor. „Wirksame Sozialreform, d. h. eine solche, die nicht nur die materielle Lage der Arbeiter bessert, sondern auch den Haß, das Mißtrauen, die Unversöhnlichkeit aus ihren Herzen nimmt, kann nur und unbedingt nur unter dem Zeichen der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter betrieben werden. . . . Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz haben die materielle Lage

der Arbeiter schon erheblich gebessert, den sozialen Frieden aber können sie nicht bringen, wenn nicht gleichzeitig die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkannt, festgesetzt und gesichert wird. Wer hierzu nicht bereit ist, der hat das innerste Wesen des großen sozialen Kampfes, in dem wir stehen, des Emanzipationskampfes der Lohnarbeiter, nicht begriffen, der kann zwar ein gutherziger Wohlthäter der Arbeiterschaft werden, nie aber ein erfolgreicher Sozialreformer. Gerechtigkeit, nicht Wohlthaten, fordert die soziale Entwickelung der Zeit."

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Die moderne Arbeiterklasse fordert auf Grund des Gerechtigkeitsprinzips die volle Gleichberechtigung mit dem Unternehmerthum und wird so lange kämpfen, bis sie dieselbe errungen hat.

Dazu ist freilich nothwendig, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter gestärkt werden, denn sie sind es, die den Kampf um die Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Unternehmer führen. Die Zunahme der Gleichberechtigung der Arbeiter hält gleichen Schritt mit der Erstarkung ihrer Organisationen. Besonders in unserem Berufe wird das Verhältniß von Herr und Knecht noch stark gefühlt, folgedessen haben gerade unsere Kollegen die meiste Ursache, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen und in geschlossenen Reihen sich ihr gutes Recht zu erkämpfen.

Oder, Kollegen, wollt Ihr etwa immer Knechte bleiben und niemals gleichberechtigte Menschen werden? Wenn dies der Fall sein sollte, dann braucht Ihr freilich keine gewerkschaftliche Organisation!

Aus Bremerhaven.

Die Gründung unserer Zahlstelle gehört zu den als „herkulisch" bezeichneten Arbeiten, die auf dem Gebiete des gewerkschaftlichen Lebens ausgeführt wurden. Denn wenn man bedenkt, daß seit dem Untergange des „Tiket-Vereins" alles Bemühen, die einzelnen Kollegen wieder zu einem großen Ganzen zu vereinigen, stets mit dem Hinweise auf den vorhin genannten Verein scheiterten, so muß jeder, der einigermaßen Fühlung mit uns gehabt, zugeben, daß der anfangs gebrauchte Ausdruck nach keiner Richtung hin übertrieben ist.

In der Nummer 1 des „Courier" 1902 wurde schon den leitenden Personen ein gewisses Lobllied gesungen, daß Dank ihrer rührigen Thätigkeit diese Zahlstelle nicht allein ins Leben gerufen, sondern auch so erfreuliche Fortschritte gemacht habe. Aber nicht den leitenden Personen allein gebührt der Dank, sondern allen Denjenigen, bei denen sich im Laufe der letzten Jahre das Bedürfniß nach einer Vereinigung immer mehr und mehr fühlbar gemacht und schließlich zur Gründung unserer heutigen zu den schönsten Hoffnungen berechtigten Zahlstelle geführt.

Aber, obgleich die Zahl der Mitglieder 230 überschritten hat, so stehen doch noch recht viele Kollegen abseits, die, wenn man an sie herantritt, allerlei Ausreden machen, die genau besehen, in sich selbst zusammenfallen. Einige dieser Ausreden seien hier wiedergegeben. Der Eine will zu Frühjahr wieder zur See, der Andere fühlt sich zurückgesetzt, weil er zu der ersten Versammlung nicht brieflich eingeladen worden, der Dritte: „Ich gehöre doch nicht zu Euch, denn unser Betrieb ist doch ganz anders." Doch die schönste von allen ist die: „Ich bin nicht abgeneigt, dem „Verbande" beizutreten, aber ich bin überzeugt, daß, wenn ich dem „Verbande" angehöre, die Leute meinen Anordnungen nicht nachkommen, die ich als Rüger ihnen gebe!"

Auf Grund dieser „Ausrede" wäre anzunehmen, daß die Verbände nur „Faulenzer" und stets gegen die Interessen ihrer Arbeitgeber sich bewegende Personen heranzubilden sich zur Aufgabe gestellt hätten.

Wer aber das innere Wesen dieser „Verbände" gründlich studirt hat, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß die Verbände es sich zur Aufgabe gemacht, jeden einzelnen dazu heranzubilden, daß er es sich zur „Ehre" anrechnet, die jeweiligen Aufträge seiner Vorgesetzten pünktlich und zur Zufriedenheit auszuführen.

Ausnahmen finden natürlich überall statt und hier zeigt es sich, daß gerade solche Personen, die zu den „Ausnahmen" gezählt werden müssen, sehr bald ihrer Organisation den Rücken kehren, weil in den Versammlungen immer darauf hingewiesen wird, daß die erste Pflicht eines jeden Kollegen die ist: „In Ausübung seines Berufes stets voll und ganz seine Pflicht zu erfüllen.

Da nun gerade dieses Thema angeschnitten, so darf nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß in Wahrnehmung der „Geschäfts-Interessen" viel, sehr viel gesündigt wird, und das gerade von Personen, die berufen sind, die Interessen ihrer Firmen in erster Linie wahrzunehmen.

Man sieht es tagtäglich, wenn man die Bahnschuppen und die Privatläger durchzugehen Gelegenheit hat, daß recht recht viele, in unserem Berufe „ungelernte" Personen arbeiten, wo erstens die Arbeit selbst in diesem Jahre eine minimale genannt werden kann, und zweitens Leute, die die Arbeit wirklich verstehen, ohne Arbeit sind. Es liegt nun aber klar auf der Hand, daß jeder, auch der beste Arbeiter, wenn er in einen neuen Beruf eintritt, doch immer eine gewisse Zeit nöthig hat, um einigermaßen den Anforderungen, die sein neuer Beruf an ihn stellt, nachkommen zu können. Wenn es den Personen wirklich ernst ist mit dem, was sie stets im Munde führen, nämlich die Interessen ihrer Firma nach jeder Richtung hin wahrnehmen zu wollen, so können sie das bei Annahme von Arbeitern am besten dadurch bethätigen, wenn sie in erster Linie Personen beschäftigen, die als Berufsarbeiter wirklich den Anforderungen, die unser Beruf an sie stellt, nach jeder Richtung hin gewachsen sind.

Doch kehren wir wieder zu den Kollegen zurück, die jene Ausreden machen, es sind dies alles Personen, die in jeder das öffentliche Leben berührenden Frage sich auf das hohe Pferd des „Wissens" zu setzen sich erkühnen, denen aber, wenn die ernsteste Frage des Lebens, der „Beitritt zur Organisation" an sie herantritt, das Herz in die Hosen fällt.

Der hauptsächlichste Grund, der diese Kollegen von dem Eintritt in die Reihen ihrer Kollegen zurückhält, ist wohl derjenige: „sie wollen bei ihren Vorgesetzten „lieb Kind" bleiben, damit ihnen die Gratifikationen nicht verloren gehen, und sie nicht zu den begehrlichen Arbeitern gezählt werden.

Bei denjenigen aber, die eine derartige Belohnung nicht zu erwarten haben, kommt wohl das nicht genügende „Selbstvertrauen" in Frage, denn der Eine traut dem Andern nicht, keiner will den Anfang machen.

Es giebt aber noch eine andere Kategorie von Kollegen, die zu dem Eintritt in den Verband nicht zu bewegen sind, das sind solche, die da meinen, wenn der Verband einmal zu einer Lohnbewegung kommen sollte, in eine höhere Stellung rücken zu können, nämlich „Rüger": „Kolonnenführer", „Stauer" oder „Vorarbeiter" zu werden.

Kollegen! Die Vergangenheit hat uns gelehrt, daß der Arbeitgeber jeden, der ein Versehen, das mit Geldausgaben verknüpft ist, macht, ob aus Geschäftseifer oder aus Unkenntniß, p. p. erbarmungslos aus der Arbeit entläßt, unbekümmert darum, ob er dem Verbande fernsteht, ob er patriotisch oder sonst was ist. Erfreulicher Weise gehört die Mehrzahl der Kollegen nicht zu den geschilderten und das stete Wachsen unserer Schaar legt Zeugniß davon ab. Trotzdem dürfen wir nicht die Hände in den Schooß legen, sondern stets eingedenk sein, daß die großen Fragen der Zeit nicht allein gelöst werden können durch Staat und durch Gesetze, sondern daß jeder Einzelne unter uns an seinem Theil mitarbeiten muß.

Wenn das geschieht, dann werden auch die Früchte unserer Arbeit lohnende sein.

Aus Süddeutschland.

Mainz.

Eine rührige Agitation wurde in den letzten Wochen des alten Jahres entfaltet. Es wurden für alle größeren Betriebe Besprechungen arrangirt, an denen die Kollegen Eckardt, Lotz, Pares und Welß theilnahmen. Eckardt erklärte, daß er ebenso wie die ausgetretenen Mitglieder empört sei über die groben Unregelmäßigkeiten und unerhörten Vorkommnisse, die sich abgespielt hätten, ehe er den Posten als Bevollmächtigter übernommen habe. Er finde es begreiflich, daß die Kollegen mißtrauisch geworden seien, bedauere aber, daß nicht ein Einziger damals, als es noch Zeit gewesen wäre, auf die Idee gekommen sei, eine Karte nach Mannheim oder Berlin zu schreiben. Hätte er oder der Zentralvorstand eine Ahnung gehabt, dann wäre auch Wandel geschaffen worden. Als er das Amt des Bevollmächtigten für Mainz übernommen habe, seien kaum mehr 20 Mitglieder vorhanden gewesen und unter diesen Wenigen mußte noch aufgeräumt und einer der Staatsanwaltschaft übergeben werden, mit der vielleicht noch einige andere demnächst Bekanntschaft machen dürften. Er sei bereit, auch im nächsten Jahre wieder den Posten als Bevollmächtigter zu übernehmen, aber nur unter der Bedingung, daß auch die Mainzer Kollegen wieder frischen Muth fassen und entweder ihre rückständigen Beiträge nachzahlen oder sich frisch aufnehmen lassen. Andernfalls könne er es nicht verantworten, einen so unverhältnißmäßig großen Theil seiner Zeit für Mainz zu opfern.

Es wurden 24 Kollegen frisch aufgenommen, während andere theils später eintreten, theils nachzahlen wollen. Besonders die Bierführer waren in den Besprechungen zahlreich erschienen, nur bei einer Brauerei mußte die Besprechung unterbleiben, weil die Mehrzahl der Bierführer Württemberger sind und von den letzteren keiner zur Theilnahme zu bewegen war. Daß jene Brauerei die niedrigsten Löhne in Mainz zahlt, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Eckardt ließ den Kollegen sagen, sie sollten sich nicht wundern, wenn sie einmal nach Württemberg zurückkämen und dort verspottet würden, weil sie in der Fremde nicht gelernt haben, sich zu organisiren, denn auch in Württemberg mache der Verband Fortschritte. Die Kollegen von Göppingen z. B. hätten mehr Courage und Verstand gezeigt als ihre Landsleute in Mainz und vor einiger Zeit eine Organisation gegründet, die zu den besten Hoffnungen berechtige.

Die Kollegen von einer anderen Brauerei erklärten: Wir sehen ein, daß wir uns wieder organisiren müssen und wollen das auch; da wir aber nicht um der Unterstützung willen beitreten, wollen wir auch nur 20 und keine 30 Pf. bezahlen. Die Kollegen vergessen zunächst, daß seit ihrem Austritt aus dem Verband der Beitrag von 20 auf 25 Pf. erhöht worden ist, von 20 Pf. also gar keine Rede mehr sein kann. Wir wissen wohl, daß gerade jene Kollegen zu den ehrlichsten in Mainz gehören und es ihnen thatsächlich nicht um die Unterstützung zu thun ist. Sie sind in zwei Krankenkassen und sagen sich scheinbar mit Recht: „Für mich ist im Krankheitsfalle gesorgt Warum soll ich mich dreifach gegen Krankheit versichern? Mögen doch Diejenigen, die nur in einer Kasse sind, die 30 Pf. bezahlen, für mich hat es keinen Werth." Wenn die Kollegen aber bedenken, daß es jedem Kranken und besonders dem in der Genesung Begriffenen angenehm ist, wenn er einige Mark in Händen hat, für die er sich stärken kann (mancher Kranke war schon in zwei Kassen und hat doch während seiner Krankheit sein bischen Ersparnes noch aufgebraucht und würde noch mehr gebraucht haben, wenn er mehr gehabt hätte), wenn sie ferner bedenken, daß die Verwaltungsstelle Mainz nicht nur Kranken- sondern auch Sterbegeld auszahlt in Höhe von 25 bis zu 60 Mk. an den Mann, wenn die Frau stirbt, an die Frau, wenn der Mann stirbt, dann werden sie wegen 5 Pf. der Organisation nicht fern bleiben.

Am 22. Dezember wurde eine kleine Weihnachtsfeier abgehalten, die einen Ueberschuß von über 30 Mk brachte, trotzdem in Anbetracht der Krise das Arrangement so getroffen war, daß nur die Kosten herausspringen sollten. Kollege Eckardt wies in seiner Festrede darauf hin, daß die Kerntruppen unserer Kollegen nunmehr dem Verband wieder angehören und daher ein weiterer Zuwachs mit Bestimmtheit zu erwarten sei. Da auch unsere Kassenverhältnisse, recht günstige sind, gehen wir hoffentlich besseren Zeiten entgegen.

Worms.

In der Mitgliederversammlung vom 4. Januar berichtete Kollege Stotz über die Gaukonferenz in Neustadt. Die Beitragserhöhung von 25 auf 30 Pf. wurde einstimmig angenommen und Kollege Stotz in den Gauvorstand gewählt.

Mannheim.

Mitgliederversammlung vom 5. Januar. Der Bevollmächtigte gab einen kurzen Jahresbericht, aus dem hervorzuheben ist, daß seit dem 4. Quartal 1900 sich die Zahl der pro Woche eingegangenen Beiträge beständig vermehrt hat. Wenn es auch nur langsam vorwärts gehe, so sei es doch erfreulich, daß wir endlich über die Zeit des Stillstandes hinaus seien. Wenn auch die Abrechnung für das 4. Quartal 1901 noch nicht fertig gestellt sei, so könne doch konstatirt werden, daß sie wiederum günstiger ausfallen werde, als die des 3. Quartals. Eckardt bedauert, daß die Mitglieder im Transportgewerbe so wenig und im Handelsgewerbe garnicht für den Verband agitiren. Wohl sei vor ½ Jahr eine Agitationskommission speziell für das Handelsgewerbe gewählt worden, aber als er dieselbe eingeladen habe, sei Niemand erschienen. Das müsse im neuen Jahre anders werden. Freilich sei es erfreulich, daß die Mannheimer Mitglieder, wenn es ans Bezahlen gehe, noch immer da waren, aber mit dem Bezahlen allein ist doch auch nichts gethan. Mannheim habe jetzt unter der Krise schwer zu leiden, wenn aber eine bessere Konjunktur komme, dann werde Mannheim im Verhältniß zu seiner Größe mehr Nutzen aus derselben ziehen als irgend eine andere Stadt. Wenn unsere Fuhrunternehmer jetzt in der schlechtesten Zeit sich gegenseitig die Schädel verschlagen und Tausende für Gerichtskosten bezahlen können, dann sollten wir wenigstens so schlau sein und während der Krise Waffen schmieden für die kommende gute Zeit, damit auch wir in derselben etwas profitiren und die Herren nicht wieder allen Gewinn allein einsacken. Würden die Kollegen immer die Versammlungen so gut besuchen wie heute und etwas mehr agitiren, dann hätten wir längst schon andere Zustände, während andernfalls auch der blühendste Aufschwung uns keine Vortheile bringen könne.

Als 1. Bevollmächtigter wird Eckardt, als 2. Steimel, als Kassirer Adam Schmitt, als Schriftführer Hennes gewählt. Zu Kartelldelegirten werden Eckardt und Mammele, zu Revisoren Baazer, Klein und Engel gewählt. Nach der Berichterstattung über die Gaukonferenz in Neustadt erklärt sich die Versammlung einstimmig für 30 Pf. Beiträge. Dieser Beschluß war vorauszusehen und kann auch in Ludwigshafen nicht anders ausfallen, da beide Städte die 30 Pf. Beiträge schon seit Jahr und Tag eingeführt und gute Erfolge damit gemacht haben.

Ludwigshafen.

Am 5. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu einer Eingabe der Hafenarbeiter an die Regierung in Speyer. Kollege Geil berichtet über die Gauferenz. Eckardt theilt mit, daß alle Verwaltungsstellen des 14., 15. und 16. Gaues beschlossen hätten, pro Quartal und Mitglied 10 Pf. Gaubeitrag zu zahlen. Es wird beschlossen, daß auch aus unserer Ortskasse die Gaubeiträge geleistet werden. Ein Redner beklagt sich darüber, daß Eckardt sich in Ludwigshafen so wenig sehen lasse und sich um die Verwaltungsstelle Mannheim viel mehr kümmere als um unsere. Maländer, Geil und Schwelkert geben zu, daß unsere Verwaltungsstelle heute weiter wäre, wenn Eckardt öfter gekommen sein würde, einen Vorwurf könne man ihm aber nicht machen, denn er selbst müsse am besten beurtheilen können, welche Verwaltungsstellen ihn am nothwendigsten brauchen. Eckardt erklärt, daß er an Wochentagen immer zur Verfügung stehe, wenn ihm rechtzeitig Mittheilung gemacht werde. In unsere Versammlungen aber könne er nicht kommen, weil sie immer mit den Mannheimer zugleich stattfinden. Würden wir dieselben auf einen anderen Sonntag verlegen, so könne er erst recht nicht kommen, denn zwei Sonntage könne er für Ludwigshafen und Mannheim nicht verwenden, weil er überall Sonntags verlangt werde. Wenn aber die Versammlungen immer Nachmittags stattfinden würden und die Mannheimer immer Abends, oder wenn abgewechselt würde, so könne er sehr wohl an jeder Versammlung nicht nur in Ludwigshafen und Mannheim, sondern auch in Heidelberg theilnehmen, denn für Heidelberg passe der Sonntag-Vormittag am besten. Es wird beschlossen, die Eintheilung in der nächsten Gauvorstandssitzung zu besprechen. In den Gauvorstand wird Kollege Geil gewählt. In nächster Zeit soll Eckardt in einer Versammlung über Lokal- oder Zentralorganisation referiren, zu der unsere „Lokalisten", die ihre Versammlungen hinter verschlossenen Thüren abhalten, selbstverständlich Zutritt haben.

Aus unserem Beruf

Bierführer.

Marburg, 4. Januar. Die Frage, ob ein Bierkutscher berechtigt ist, an einem katholischen Feiertage in einem katholischen Orte Bier abzuladen, beschäftigte, nach einer in der „Fuld. Ztg." veröffentlichten Zuschrift, heute in der Berufungsinstanz das Landgericht. Der Bierkutscher Schweinsberger aus Kirchhain brachte am 15. August v. J. (Maria Himmelfahrt) einen Wagen Bier nach Allendorf. Der Mann wurde zur Anzeige gebracht und sollte Strafe zahlen. Das Schöffengericht zu Neustadt, an das sich der Kutscher zunächst wandte, hielt ihn auch für schuldig und verurtheilte ihn zu 1,50 Mk. Strafe. Die Strafkammer erkannte heute auf Verwerfung der Berufung und führte dabei aus, daß ein Bierkutscher sich darum bekümmern müsse, ob in einem Orte Feiertag sei oder nicht. Der Einwand, daß das Bier bestellt gewesen sei, käme garnicht in Betracht.

Fahrstuhlführer.

Berlin. Die Entwicklung der großen Handelshäuser, die neuzeitlichen Einrichtungen derselben, haben eine wesentliche Vermehrung der Zahl unserer Berufsangehörigen herbeigeführt. In fast jedem neuen Kaufhause sind ein oder mehrere Fahrstuhlführer beschäftigt. So sehr aber die Stellen der Fahrstuhlführer sich mehren, ebenso sehr leidet aber dieser Beruf an ganz miserablen Arbeitsverhältnissen. Bei einer 13—14 stündigen Arbeitszeit giebts einen Wochenlohn von 17—18 Mark, zum Verhungern zu viel, zum Leben viel zu wenig. Dazu kommt noch die meist rigorose Behandlung. So beispielsweise im Kaufhause Friedrichskronen. Daselbst ist ein Inspektor, der es meisterlich versteht, die Kollegen zu zwiebeln. In diesem Hause dauert die Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Wer morgens 5 Minuten zu spät kommt, den läßt der Herr Inspektor dies empfinden. Der Herr gestattet auch nicht, daß Frauen ihren Männern das Mittagessen ins Geschäft bringen. Ferner kommt es nicht selten vor, daß die Kollegen noch Nachtwache halten müssen, unter Umständen also 37—38 Stunden ununterbrochen im Dienst auszuharren haben. Jeden vierten Sonntag müssen die Kollegen unentgeltlich Dienst verrichten. Dieser dauert von 7 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, im Winter ist dabei die Heizung mitzubesorgen. Es ist also Ursache genug dazu vorhanden, daß die Kollegen endlich daran denken, ihre Lage wenigstens einigermaßen durch einen festen Zusammenschluß untereinander zu verbessern. Bisher freilich haben die meisten Kollegen es nicht für nothwendig gehalten, sich auch nur im geringsten um die Organisation zu kümmern. Es wäre an der Zeit, daß die Kollegen sich endlich aufrafften und ihre Gleichgültigkeit abschütteln. Lange genug ist der Schlendrian so gegangen, sodaß es Zeit ist, demselben endlich ein Ende zu bereiten. Nur durch allseitigen Anschluß an die Organisation können für die Fahrstuhlführer menschenwürdige Arbeitsverhältnisse erzielt werden. Es muß deshalb Aufgabe jedes Fahrstuhlführers sein, dem Verbande nicht nur selbst anzugehören, sondern ihm auch stets neue Mitglieder zuzuführen.

Fensterputzer.

Berlin: Kollegen! In der am Sonntag, den 20. Januar, in den Arminhallen stattgefundenen Versammlung der Fensterputzer ließen sich ein großer Theil unserer Berufskollegen in den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter aufnehmen, sodaß die Konstituirung der Ortsverwaltung Berlin II (Fensterputzer) vorgenommen werden konnte. Es ist nun Pflicht der organisirten Kollegen, dafür zu sorgen, daß diejenigen, welche uns noch fernstehen, sich dem Verbande anschließen. Es giebt leider unter unseren Berufskollegen noch einen großen Prozentsatz, denen jedes gemeinsame Fühlen und Denken abhanden gekommen, welche trotz ihres kümmerlichen Daseins und trotz der Unterdrückung aller idealen Bestrebungen indifferent gegenüberstehen. An diese müssen wir immer und immer wieder herantreten, um ihnen vor Augen zu führen, daß sie durch ihr Verhalten nicht nur sich und ihre Familie, sondern auch die Gesammtheit schädigen.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse, in denen sich die Angehörigen unseres Berufes befinden, sind tief traurige. Wochenlöhne von 12—16 Mark sind nichts seltenes. Davon werden, selbst bei dem geringsten Versehen, noch ganz bedeutende Abzüge gemacht, sodaß mancher Familienvater oftmals mit einem Verdienst von 13—14 Mark pro Woche zu Hause kommt. Trotzdem die Nahrungsmittel- und Mietbspreise immer mehr steigen, denken die Inhaber der Fensterputz-Institute nicht daran, unseren kärglichen Lohn aufzubessern. Man sollte meinen, diese nackten Thatsachen müßten genügen, unsere Kollegen in die Organisation hineinzutreiben. Im Gegentheil lassen sich aber verschiedene Kollegen abhalten, unsere Versammlung zu besuchen. So hatte z. B. Herr Staehr, Petristraße, durch Anschlag an die schwarze Tafel seine Putzer gewarnt, die am 20. Januar stattgefundene Versammlung zu besuchen. In ihrer Angst, nicht mehr an den vollen Fleischtöpfen des Herrn Staehr sitzen zu können, blieben die dort beschäftigten Kollegen auch dieser Versammlung fern. Wie uns mitgetheilt worden ist, soll Herr Staehr einen Angestellten nach dem Versammlungslokal geschickt haben, um Anwesende aus seinem Institut zu notiren.

Herr Staehr hat auch alle Ursache, mit Argusaugen darüber zu wachen, daß seine Putzer mit der Organisation nicht in Berührung kommen, denn in diesem Institut werden die niedrigsten Löhne gezahlt und es könnte nicht ausgeschlossen sein, wenn die Arbeiter des Herrn Staehr mit den organisirten Kollegen verkehren, durch diese auf ihre schlechten wirthschaftlichen Verhältnisse aufmerksam gemacht würden. Jedenfalls werden wir nicht eher in der Agitation nachlassen, bis sich der größte Theil der im Staehr'schen Institut beschäftigten Putzer dem Verbande angeschlossen haben.

Unverzagt wollen und müssen wir gemeinsam daran arbeiten, die Interessen unserer Kollegenschaft im wirthschaftlichen Kampfe zu wahren. Dieses kann aber nur erreicht werden durch einträchtiges und kollegiales Zusammenwirken aller Berufskollegen, das heißt, durch die Macht der Organisation. Ein jeder von Euch ist dazu verpflichtet, als Werber und Agitator der guten Sache zu dienen. Jeder von Euch muß mithelfen im Kampfe für Verbesserung unserer Lebenslage, mithelfen, das Unrecht zu sühnen, das durch die Ausbeutung der Arbeitskraft an uns vollzogen wird.

Zahlstellen für die Verwaltungsstelle II (Fensterputzer) befinden sich im Lokale des Herrn Weihnacht, Grünstraße 21, sowie Röpcke, Petristr. 10; daselbst werden auch neue Mitglieder aufgenommen. Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, die Beiträge regelmäßig zu entrichten.

Der Bevollmächtigte.

Mittwoch, den 5. Februar, Abends 6½ Uhr, Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20. Näheres siehe Annonze in dieser Nummer.

Hannover. Generalversammlung am 21. Januar. Kollege Völmer gab für den verhinderten Kollegen Weißenbach den Geschäftsbericht. Die Sektion wurde im Juli 1901 gegründet. Es traten derselben sofort 36 Kollegen als Mitglieder bei. Am Jahresschlusse gehörten von den 65 am Orte beschäftigten Kollegen 54 dem Verbande an, ein gewiß gutes Resultat. Redner schildert weiter die Thätigkeit der Ortsverwaltung. Ein Gesuch an die Glaser-Innung wegen Bezahlung der Feiertage wurde abschlägig beschieden. Dagegen versprachen sie, eine Entschädigung in Höhe von 10 Mark in Form einer Gratifikation zu gewähren, die sich später noch vergrößern soll. Bezüglich der Einführung des Arbeitsnachweises ist ein gutes Ergebniß zu verzeichnen. Kollege Dühlmeyer gab hierauf folgenden Kassenbericht.

Einnahme:

Bestand vom 3. Quartal	31,19 Mk.
Wochenbeiträge 350 à 25 Pf.	87,50 „
27 Widerstandsfondsmarken à 25 Pf.	6,75 „
Aufnahmen 6 à 50 Pf.	3,00 „
Vom Vergnügen	85 95 „
Summa	214,39 Mk.

Ausgabe:

Extra-Unterstützung Cöln	10,00 Mk.
Kartellbeitrag	3,00 „
Zum Vergnügen	100,45 „
Porto und Drucksachen	11,36 „
An die Hauptkasse gesandt	53 50 „
Summa	178,31 Mk.

Einnahme	214,39 Mk.
Ausgabe	178 31 „
Kassenbestand	36,08 Mk.

Dem Kassirer wurde hierauf auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt. Bei der stattfindenden Neuwahl wurden als Bevollmächtiger Kollege Brozio, als Schriftführer Kollege Heins neu- und der bisherige Kassirer Kollege Dühlmeyer wiedergewählt. Dem Kassirer wurde auf Antrag pro Vierteljahr 4 Mk. für seine Bemühungen bewilligt. Auf den Bericht des Delegirten Kollegen Heins vom Gewerkschaftskartell wurde auf dessen Vorschlag verzichtet. Hierauf wurde Kollege Heins und als Stellvertreter Kollege Völlmer als Delegirte wiedergewählt. Hierauf trat Schluß der leider nur mäßig besuchten Versammlung ein.

NB. Zuzug ist fernzuhalten, da es hier zur Zeit viele organisirte Kollegen giebt, die arbeitslos sind.

Handelsarbeiter.

Berlin. Unsere staatlichen und städtischen Größen leugnen noch immer das Vorhandensein größter Arbeitslosigkeit und in Verbindung mit dieser den großen wirklichen Nothstand. Die Herrschaften beurtheilen die wirthschaftliche Krise vom grünen Tische aus, sie hüten sich wohlweislich hinauszugehen auf die Straße und sich dort das Gedränge der Arbeitslosen vor den Zeitungsexpeditionen anzusehen. Aber das hätten sie schließlich garnicht nothwendig. Sie brauchen nur ihr Leib- und Magenblatt beim Morgenkaffee daraufhin zu prüfen, wie viel Angebote von Arbeitslosen sich dort befinden, und welcher Art dieselben sind. Da sind die Kronzeugen der herrschenden Noth zu sehen, wir greifen heute nur eine solche Annonze aus den vielen heraus. Sie lautet:

Zuverlässiger Mann,

31 Jahre alt, bittet dringend um Arbeit als Bureau- oder Hausdiener, 12 Mark wöchentlich, gute Empfehlungen. Gütige Adressen erbeten an R. Robert, Augustiastraße 81 bei Herrn Kretzner.

Ein einunddreißigjähriger Mann ist durch die Noth, durch den Hunger, gezwungen, sich für einen Wochenlohn von 12 Mk. als Hausdiener anzubieten, für einen Lohn, der nicht mal zum Essen, geschweige für sonstige Bedürfnisse reicht. Ist das nicht ein Skandal für unser hochzivilisirtes Deutschland. Der Mensch klammert sich an einen Strohhalm, weil er nicht verhungern will. Ihr Reichen und Mächtigen, ihr Staatsstützen und Hurrahpatrioten, die Noth, die zum Himmel schreit, klagt Euch an!

Berlin. Auf die Dummheit unserer Berufskollegen zu spekuliren, scheint noch immer ein einträgliches Geschäft zu sein.

Eine Spezialität auf dem Gebiete des Stellenvermittelungsschwindels scheint ein gewisser Haß zu sein, der nach Art der Schirow, Manthei und Komplizen seine Falle in der Gitschinerstr. 81 aufgemacht hat. Der Verein „Wohlfahrt" — welch herrlich klingender Name — sucht stellensuchende Hausdiener, Packer, Kutscher, Arbeiter, Portiers, Kassirer, 2c., die noch einen Thaler und mehr übrig haben. Der Verein „Wohlfahrt" besteht natürlich genau so, wie der „Berliner Diener-Verein" aus Schirow oder Manthei, lediglich aus der würdigen Persönlichkeit des Herrn Haß, der auch sämmtliche Vorstandsämter im Verein, natürlich nur im Interesse der guten Sache, bekleidet. Der klingende Name des „Vereins" veranlaßt viele Gimpel, meistens erst vom Lande gekommene Berufskollegen, auf den Leim zu gehen. Das Eintrittsgeld in diesen famosen Verein beträgt 3 Mk., der monatliche Beitrag 25 Pf., 2 Monatsbeiträge sind im Voraus zu entrichten. Wer noch mehr Geld übrig hat und dasselbe unbedingt los werden will, dem bietet der Verein „Wohlfahrt" dazu willkommene Gelegenheit. Den Mitgliedern desselben steht es nämlich frei, Anthelle an dem Vermögen des Vereins zu erwerben. Ein Antheil beträgt 10 Mk. Nach Vollenzahlung wird derselbe mit 4 Mk. verzinst.

Die Rückzahlung der Anthelle kann erst nach Ausscheiden des Mitgliedes und zwar am Schlusse des auf das Ausscheiden folgenden Geschäftsjahres verlangt werden.

Das Beste kommt noch. Vereinsmitglieder, die trotz wiederholter dringender Vorstellungen im Verein keine Stelle zugewiesen erhielten und deshalb die Rückerstattung ihrer Mitgliedsbeiträge verlangen, werden in einer ganz originellen, durch ihre Unverfrorenheit verblüffende Weise „unschädlich" zu machen versucht. Sie erhalten einfach eine in kategorischem Ton gehaltene schriftliche Mittheilung, welche etwa lautet: „Berlin S. 42, den 20. Januar 1902. Herrn Soundso! Wir theilen Ihnen hierdurch mit, daß der Vorstand obigen Vereins in seiner am 19. d. Mts. stattgefundenen Sitzung einstimmig beschlossen hat, Sie per 21. Januar 1902 aus dem Verein auszuschließen. Veranlassung hierzu haben Sie durch Ihr unwürdiges Verhalten im Geschäftsraum des Vereins am 18. d. M. gegeben. Die Ausschließung erfolgt auf Grund des § 7, Abs. 6 des Vereinsstatutes. Achtungsvoll Verein „Wohlfahrt". Der Vorstand".

Prompter kann der Hinauswurf eines mißliebig gewordenen „Vereinsmitgliedes" wohl kaum besorgt werden. An dem einen Tage macht es sich eines unwürdigen Verhaltens, das darin besteht, daß der Stellensuchende seine Einlage zurückverlangte, schuldig, schon am nächsten Tage findet eine „Vereinssitzung" statt, in der einstimmig (es soll wohl heißen mit einer Stimme) die Ausschließung beschlossen wird, und am nächstfolgenden Tage ist der Ausgeschlossene bereits im Besitze der ihn aller Rechte entkleidenden drakonischen Verfügung des „Vorstandes" der „Wohlfahrt", Gitschinerstr. 81.

Vor diesem Hause, vor und in dem Bureau der „Wohlfahrt" ist es nun zu sehr erregten Scenen gekommen. Immer wieder fanden Ansammlungen Stellensuchender statt, die, mißtrauisch geworden, ihre Einlagen zurückverlangten, und denen unter Hinweis auf die sehr schlau abgefaßten Bestimmungen der „Vereins"-Statuten auch die Thüre gewiesen wurde. Die Klügsten Leute sind es wahrlich nicht, die an den Verbandsbeiträgen sparen zu müssen glauben und dafür in der Zeit der Arbeitslosigkeit zehnmal soviel den Stellenwucherern unnütz in den Hals werfen, das sollten unsere Berufskollegen nun endlich einmal einsehen.

Chemnitz. Unsere hiesigen Markthelfer sind recht sonderbare Kauze. Statt sich zu organisiren und durch die Organisation ihre Interessen vertreten zu lassen, machen sie eine Faust in der Tasche und bleiben hübsch zu Hause. Kürzlich aber hatte sich doch ein Theil derselben aufgerafft und ein anonymes Schreiben an die hiesige Polizeidirektion gerichtet. Die Behörde, die natürlich damit nichts anzufangen wußte, wandte sich unter Beifügung des Schreibens an unseren Kollegen Richter um Auskunft, die dieser natürlich ebenfalls nicht geben konnte. Wir veröffentlichen hier das Schreiben in Originalortographie, vielleicht kommt dies dann den Urhebern zu Gesicht und sie nehmen dann Veranlassung, unserem Kollegen Richter ihre Beschwerden zwecks Abhilfe vorzutragen. Der Brief lautet:

„An Herrn Oberbürgermeister Dr. Beck.

Hierdurch erlauben Wir uns Unterzeichnete, einmal bei ihnen höflichst anzufragen, ob die Bekanntmachung im November d. J. betreffend die Beschäftigung der Arbeiter bez. der Markthelfer an Sonntagen und Festtagen des Handelsgesetzbuches betreff ein Luxus Artikel gewesen oder ob selbiges wirklich so so sehr wenig Anspruch gefunden hat wie Wir persönliche Erfahrung gemacht haben. — Denn Wir haben nicht einmal diese Weihnachtsfeiertage von unserem Arbeitgeber frei bekommen, daß Wir hätten können wenigstens einen von diesen beiden Tagen benützen können um in die Kirche zu gehen und aber doch in selbiger Bekanntmachung deutlich genug geschrieben wurde, daß Arbeiter nur an jeden dritten Sonntag beschäftigt werden dürfen und zwar auch nur von 11 bis 1 Uhr. Selbige Bekanntmachung war auch mit Ihren werthen Nahmen so wie des Herrn Stadtverordneten Vorsteher Dr. Otto Lugmann verzeichnet.

Weshalb Wir hirdurch höflichst bitten selbiges noch einmal in Erinnerung zu bringen. Unsere Bitte erfüllen zu wollen zeichnen Erherbiedigst und

Hochachtungsvoll

Mehrere Markthelfer."

So schlau könnten doch die Kollegen wirklich gewesen sein, daß die Polizei beim besten Willen nicht riechen kann, bei welcher Firma die ungesetzliche Beschäftigung stattfand. Die Sachsen sind doch sonst immer „helle", aber diesmal scheint es nicht der Fall gewesen zu sein. Durch anonyme Briefe in solcher Form wird Niemand die geringste Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe beseitigen können, da müssen schon andere vernünftigere Mittel in Anwendung gebracht werden. Mögen die Kollegen doch endlich begreifen lernen, daß zur Abschaffung aller möglichen Uebelstände vor allen Dingen nothwendig ist, daß sich die Bedrängten organisiren, sich ihrem Berufsverbande anschließen. Dieser wird dann schon für Abstellung der Ungesetzlichkeiten sorgen, ohne daß Kollegen zu fürchten brauchen, daß sie in ihren Arbeitsverhältnissen irgendwie geschädigt werden könnten.

Leipzig. Schiedsgerichte, welche Streitigkeiten zwischen Angestellten und Leitungen der Arbeitergenossenschaften schlichten, sollen bekanntlich geschaffen werden. Am 24. März 1901 tagte eine Versammlung sächsischer Konsumvereine, welche einen Entwurf zeitigte, der folgenden Wortlaut hat:

„Das Schiedsgericht setzt sich zusammen aus je zwei Aufsichtsraths- und zwei Vorstandsmitgliedern und vier Personen aus den Reihen der Angestellten. Die Beisitzer des Personals müssen den Branchen angehören, welcher der Angestellte angehört, um den es sich im Streitfall handelt. Das Schiedsgericht tagt unter der Leitung eines unparteilichen Vorsitzenden, als welcher in der Regel der jeweilige Vorsitzende des Gewerkschaftskartells gilt. Ist dieses nicht möglich, so haben die Schiedsgerichtsbeisitzer sich auf eine Person zu einigen, die dann den Vorsitz übernimmt. Das Schiedsgericht tritt nur zusammen, nachdem beide streitenden Theile erklären, sich dessen Spruch fügen zu wollen.

Dieser Vorschlag hat nun den Betheiligten zur Diskussion vorgelegen. Inwieweit sich die einzelnen Branchen an der Agitation betheiligt haben, ist mir nicht bekannt. Kürzlich erlangte ich Kenntniß davon, daß eine öffentliche Lagerhalter-Versammlung des Bezirkes Zwickau, welche im vorigen Jahre in Crimmitschau tagte, den Entwurf nicht gut geheißen haben soll. Man wünschte dort, daß die Schiedsgerichte ausschließlich aus Lagerhaltern, Geschäftsführern und Verwaltungsmitgliedern zusammengesetzt sein sollen. Daß eine solche Zusammensetzung eine Rechtsschmälerung für die Verkäuferinnen und Markthelfer wäre,

steht außer Frage. Wir rathen daher unseren Kollegen, in dieser Frage auf der Hut zu sein; haben wir doch alle Ursache, gegen ein uns schädigendes Verfahren aufs schärfste zu protestiren. Wir werden nicht verfehlen, die Stärke unserer Organisation in die Wagschale zu werfen, wenn es darauf ankommen sollte, daß wir unsere Rechte gegen einseitige Maßnahmen vertheidigen müssen. Noch ist es Zeit zur Aussprache und nun haben die Lagerhalter das Wort.

Fr. Schmidt.

NB. Wir trauen den Lagerhaltern nicht zu, daß sie in einer so wichtigen Sache so einseitig handeln sollten, behalten uns aber vor, nach eingehender Information darauf in entsprechender Weise zurückzukommen. Jedenfalls werden wir uns auch den kleinsten Uebergriff in die Rechte unserer Kollegen nicht gefallen lassen. D. R.

Nürnberg. Eine Verhandlung wegen Störung der Sonntagsfeier vor dem Schöffengerichte ist für Geschäftsleute von Interesse. Es war gegen den Besitzer eines Putzwaaren-Geschäfts Anklage erhoben worden, weil er an einem Sonntage zwischen 9 und 10 Uhr Vormittags, also zu einer Zeit, in welcher das Personal nicht beschäftigt werden darf, Waaren austragen ließ. Dem Einwande, daß die Waaren bereits am Samstag verkauft worden seien, weil am Samstag schon die Zeit zu weit vorgerückt gewesen sei, wurde keine Berücksichtigung geschenkt und eine Geldstrafe von 20 Mk. ausgesprochen.

Ob die 20 Mk. etwas nützen werden, besser wäre schon, die Herrschaften hinter schwedische Gardinen zu schicken.

Früherer Ladenschluß. Die Bewegung für einen früheren Ladenschluß scheint durch die ganze Welt zu gehen. In Frankreich ist eine lebhafte Agitation für den Sonntags-Nachmittags-Ladenschluß im Gange. In Frankreich können bekanntlich die Geschäfte auch Sonntags geöffnet sein, von welcher Erlaubniß eine große Anzahl Detailgeschäfte noch jetzt Gebrauch macht. In New York werden die meisten Detailgeschäfte Abends um 7 Uhr geschlossen. Aber auch diese Stunde hält man für zu spät. Altmann u. Co. zeigen an, daß sie ihr Geschäft von jetzt ab Morgens um ½9 Uhr öffnen und Nachmittags um 5 Uhr schließen. Andere Firmen werden wahrscheinlich bald folgen.

Was in Amerika möglich, warum sollte dasselbe in Deutschland nicht ebenfalls durchführbar sein?

Straßenbahner.

Bochum. Den hiesigen Kollegen Straßenbahnern empfehlen wir dringend, behufs Wahrung ihrer Berufsinteressen der hiesigen Verwaltungsstelle des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beizutreten. Der Beitritt kann jederzeit bei Herrn Franz Adams, Dorstenerstr. 99, bewirkt werden. Wir hoffen, daß alle Kollegen ihre Pflicht erfüllen.

Mehrere Schaffner.

Bochum. Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahngesellschaft hat zum 15. Januar ihrem Fahrpersonal eine Lohnherabsetzung von 15 pCt. angekündigt und diese auch durchgeführt. Daß diese Maßregel von dem Personal schwer empfunden wird, zumal hier in den theuren Industriestädten, läßt sich denken. Soll sogar der Abzug mit Wegfall der Prämien bei einigen über 100 Mk. pro Jahr betragen! Ob es die Gesellschaft gewagt hätte, diesen Abzug zu machen, wenn die Angestellten organisirt gewesen wären, ist sehr fraglich. Wir hatten in dieser letzten Versammlung auch u. A. die Straßenbahner besonders eingeladen. Es waren aber leider keine erschienen. Von vielen der Letzteren wird uns nun mitgetheilt, daß die Dienstverhältnisse an den Sonntag-Nachmittagen es vielfach nicht erlaubt hätten. Mag das nun wohl richtig sein? Daß durch die vorhin geschilderten Lohnabzüge auch endlich der Drang nach Organisation unter den in jener Gegend beschäftigten Straßenbahnern zum Durchbruch gekommen ist, beweist folgende Notiz aus der benachbarten Stadt Gelsenkirchen:

„Der kolossale Lohnabzug, den die Leitung der hiesigen Straßenbahn an ihrem Personal vorgenommen, hat eine Erregung hervorgerufen, welche dazu führte, daß die Straßenbahner Stellung zur Organisationsfrage genommen haben, um künftig solche Maßregeln abwehren zu können. Eine Versammlung war schwer angängig. Der Schaffner K. (ein Däne), welcher den Klassenkampf in Dänemark mitgemacht hat und darum den Werth einer Organisation genau kennt, versuchte deshalb eine solche auf andere Art und Weise zu schaffen. Mit einem entsprechenden Schriftstück bewaffnete er seinen letzten freien Tag und besuchte alle Strecken und sammelte Unterschriften. Das gesammte hiesige Fahrpersonal beträgt, wie uns mitgetheilt wird, zwischen 80 bis 90 Mann. Hiervon hatten 65 unterschrieben und sich damit bereit erklärt, einer eventuell zu gründenden Organisation beizutreten. Am nächsten Tage wurde K. schon des Vormittags zum Oberkontrolleur und Nachmittags zum Betriebsleiter bestellt. Hier wurden dann weniger dem K. Vorwürfe gemacht, sondern man versuchte, theils durch Drohungen, und als dieses nichts half, durch gute Worte den K. zu bewegen, die Liste mit den gesammelten Unterschriften herauszugeben. Man hat dem K. sogar versprochen, nichts gegen die betreffenden Personen zu unternehmen, er möge darum nur ruhig die Liste hergeben. Auch hat man ihm eine Andeutung gegeben, daß er Ausländer sei und sich darum doch mit solchen Sachen nicht befassen sollte. (?) Aber nichts, auch die schönsten Worte konnten K. nicht dazu bewegen, den Wunsch der Herren zu erfüllen und ihnen die Liste auszuhändigen. **Ein Hoch dem Wackeren!** K. hat es dann aber, auf die Andeutung auf den Ausländer, vorgezogen, den Dienst bei der Straßenbahn und somit auch Deutschland freiwillig zu verlassen. Er wollte einer eventuellen Ausweisung durch die Polizei aus dem Wege gehen. Die Straßenbahnleitung wird jetzt wohl wieder ruhig schlafen können, denn der Staat ist wieder gerettet und den Lästigen ist sie ja auf eine ganz billige Art und Weise los geworden; sie brauchte ihn nicht mal zu maßregeln. Die beabsichtigte Organisation ist vorläufig verhindert, aber wenn die Betriebsleitung glaubt, es herrsche jetzt Ruhe und Frieden, so befindet sie sich in einem Irrthum. Die Lohnabzüge haben eine solche Erbitterung unter dem Personal hervorgerufen, wie man sie sich schlimmer gar nicht denken kann. Kann ein Mensch, zumal noch ein Familienvater, mit einem solchen Lohn leben, wie er jetzt gezahlt wird? 77 Mark ist jetzt das Höchste (!), das ein Angestellter im ersten Jahre erhält. Mit 85 Mark werden sie angestellt, hiervon gehen ab: 5 Mark Kleidergeld und etwa 8 Mark für Kranken- und Invaliden Versicherung. Dabei wird dann noch von den zur Reserve bestellten Leuten verlangt, daß sie andere Arbeiten, wie Kohlenentschauseln 2c. verrichten sollen. Der Wechsel des Personals ist denn auch so stark, daß man Diejenigen, die 2 oder 3 Jahre bleiben, zu den Seltenheiten rechnen kann. Es kommen darum ganz Wenige in die Lage, einen höheren Lohn wie den angegebenen zu erhalten. In letzter Zeit sollen sogar einige Neueingestellte, als ihnen die Verhältnisse richtig klar wurden, sofort wieder abgegangen sein. Aber nicht nur dem Fahrpersonal wurden Lohnabzüge gemacht, sondern auch den Arbeitern auf der Zentral- wurden 25 bis 40 Pf. pro Schicht in Abzug gebracht. Die Handlungsweise der Betriebsleitung ist um so weniger zu verstehen, da doch die Frequenz der Straßenbahn jetzt noch dieselbe ist, wie in den vergangenen Jahren."

Also auf, Straßenbahner, hinein in die Organisation, es ist die höchste Zeit. Wahrt Eure Interessen durch festen Zusammenschluß.

Breslau. Das Koalitionsrecht und die Breslauer Straßenbahn. Man schreibt uns: Die neue elektrische Straßenbahn fährt fort, diejenigen Angestellten zu maßregeln, welche angeblich Mitglieder des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter sind. Den zwei Führern, welche gestern früh entlassen wurden, ist noch am selben Tage der Schaffner Blenert gefolgt. Auf eine höfliche Anfrage des Verbandsbevollmächtigten um Aufklärung über diese Maßregelungen, ist eine Antwort bis jetzt nicht eingegangen. Ist die Direktion um eine Antwort verlegen? Mit was will dieselbe dieses ganz unverantwortliche Vorgehen begründen? Sind denn die Straßenbahn-Angestellten Menschen zweiter Klasse, die von ihrem gesetzlichen Recht, sich zu organisiren, nicht Gebrauch machen dürfen? Besteht denn dieses Recht nur für die Arbeitgeber? Oder will denn die Direktion im Gefühl ihrer vermeintlichen Stärke einen Kampf heraufbeschwören, der auch für sie verhängnißvoll werden kann? Nun wohlan, wir werden den Kampf, der uns aufgezwungen wird, auf das Energischste führen, und die hiesige gesammte Einwohnerschaft wird auf unserer Seite stehen.

Kann denn die Direktion, oder der Betriebs-Inspektor Friedrich, welcher von der Staatsbahn eine recht anständige Pension beziehen soll, und bei der Straßenbahn ebenfalls einen hohen Gehalt bezieht, die öffentliche Meinung über die schlechten Lebensverhältnisse der Straßenbahn-Angestellten hinwegtäuschen? Bei dem fürstlichen Gehalt von 2.20 Mk. pro Tag, 13, 14, sogar 15 Stunden als Führer, stets mit einem Beine im Gefängniß und mit dem anderen im Grabe zu stehen, ist wohl wahrlich kein Vergnügen. Wenn in Folge der unzähligen hohen Strafen, und wegen geringer Versehen erfolgten Entlassung eine ungeheure Aufregung unter den Schaffnern und Führern herrscht, so ist der Verband gewiß nicht Schuld. Der Schaffner Pohlmann wird wegen eines geringen Vergehens, welches mit 1 Mk. Strafe genügend geahndet worden wäre, nach einer 24jährigen Dienstzeit auf das Straßenpflaster gesetzt. Dem Kutscher resp. Führer Philipp ging es nach einer 17jährigen Dienstzeit ebenso. Und so könnten wir noch eine ganze Reihe von ähnlichen Fällen anführen.

Ist es denn ein Wunder, wenn durch derartige Vorkommnisse die Angestellten, auf das Tiefste erregt, bei dem Verbande Schutz suchen? Helfen denn bei einer so schlechten Bezahlung und solch langer Arbeitszeit die hohen Strafen und Entlassungen den Führern und Schaffnern, den Straßenbahndienst lieb zu gewinnen? Der Verband besitzt in seiner „Straßenbahnmappe" noch eine Fülle Material zur Veröffentlichung und Schilderung der Verhältnisse bei der Straßenbahn. Die Spitzel, Spione und anonymen Briefe u. s. w. werden nicht verhindern, daß auch die letzten Schaffner und Führer sich dem Verbande anschließen. Und die organisirten Angestellten sind eine Macht, mit der auch die Direktion wird rechnen müssen.

Köln. Ein neues Blatt hat die hiesige städtische Verwaltung ihrem sozialpolitischen Ruhmeskranze hinzugefügt, indem sie dem Betriebspersonal der Straßenbahnen Auszeichnungen in Form von Litzen verliehen hat, die am linken Unterarm zu tragen sind. Die Litzen sind einfach bei Beamte von über 10 Jahren Dienstzeit, über 15 Jahre werden zwei, über 20 Jahre drei, über 25 Jahre vier Litzen getragen; außerdem erhält jeder der Betreffenden einen besonderen Besitzschein. Wir verhehlen nicht, dieser hervorragenden sozialpolitischen Maßnahme unsere bewundernde Anerkennung zu zollen. Es ist ja nicht gerade ein neuer, aber ein sehr vortrefflicher Gedanke, den Arbeitern oder Angestellten statt des so leicht durch die Finger rollenden Geldes etwas Solideres, Dauerhafteres und Wohlfeileres zukommen zu lassen.

Stettin. Am Sonntag, den 19. d. Mts., fand im Zentral-Lokal der Gewerkschaften unsere Generalversammlung statt. Kollege Tesch gab den Geschäftsbericht. Es haben stattgefunden: 12 Mitgliederversammlungen, 2 außerordentliche Mitgliederversammlungen, 9 öffentliche Versammlungen, 6 Betriebsbesprechungen, 14 Sitzungen. — Schriftstücke und Drucksachen gingen ein vom 1. Mai bis 1. Januar 41. Versandt wurden 80. Eine Aussperrung von Verbandsmitgliedern war bei der Firma Carl Schulz, Mörtelwerk, zu verzeichnen, dieselbe verlief resultatlos, weil die Organisation dort zu schwach war.

Hierauf gab Kollege Schugk den Kassenbericht. Derselbe ergab eine Einnahme von 1474,52 Mk., Ausgabe 1301,09 Mk. Kassenbestand 173,40 Mk.

Abrechnung vom 4. Quartal 1901.

Einnahme:

Bestand vom vorigen Quartal	401,88 Mk.
Eintrittsgebühren	4,50 „
1098 Wochenbeiträge (à 25 Pf.)	274,50 „
77 Widerstandsfondsbeiträge (à 25 Pf.)	19,25 „
34 Saubeiträge	3,40 „
Sonstige Einnahmen	0,40 „
Zusammen	446,91 Mk.

Ausgabe:

Krankenunterstützung	59,25 Mk.
Extra-Unterstützung	3,— „
Kartellbeiträge	10,— „
Verwaltungs-Ausgaben:	
a) Persönliche (Gehalts-Entschädigung)	14,35 „
b) Sachliche (Materialien)	1,75 „
Versammlungen, Annoncen, Referate	7,50 „
Porto, Drucksachen	11,73 „
Bücher, Bibliothek	1,50 „
An die Hauptkasse gesandt	164,40 „
Zusammen	273,48 Mk.

Bilanz:

Einnahme	446,91 Mk.
Ausgaben	273,48 „
Kassenbestand	173,43 Mk.

Die Abrechnung vom Maskenball ergab einen Ueberschuß von 8 Mark.

Hierauf wurde von den Kartell-Delegirten der Kartellbericht erstattet.

In die Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Als 1. Bevollm. J. Tesch; Kassirer O. Schugk; Beisitzer E. Steinmüller, H. Berch, A. Knubbe, B. Heinrich und E. Thormann; als Revisoren R. Fricke, Helka und Scheffler; als Bibliothekar Günther; als Stellenvermittler R. Fricke. Als Kartell-Delegirte wurden einstimmig wiedergewählt: Knabbe und Tesch.

Es wurde beschlossen, am 8. März noch einen Maskenball abzuhalten, die Arrangements wurden dem dazu gewählten Komitee überlassen. — Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Transportarbeiter.

Berlin. Aus unseren Arbeitgeberkreisen. Eine Umzugsgeschichte lag der Anklage wegen Erpressung zu Grunde, die vor einigen Tagen den Fuhrherrn Karl Borchert vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Provisionsreisende Alsert mußte am 29. September v. J. ziehen. Er lebte in dürftigen Verhältnissen; seine Wohnung bestand nur aus Stube und Küche und seine gesammte Habe ließ sich bequem auf einer einspännigen Fuhre fortschaffen. Alsert setzte sich mit dem Angeklagten zwecks Bewerkstelligung des Umzugs in Verbindung. Der Angeklagte besichtigte die zu transportirenden Sachen und verlangte für deren Ueberführung nach der neuen Wohnung 8 Mk. Alsert legte sich aufs Handeln und erzielte eine Preisermäßigung auf 6 Mk. Als der Angeklagte vor der neuen Wohnung angekommen war, erklärte er dem Alsert plötzlich, daß er 10 Mk. beanspruche, die Sachen seien schwerer, als er gedacht habe. Wieder begannen die Unterhandlungen. Der Angeklagte beharrte auf seiner Forderung auch einem Schutzmann gegenüber, den Alsert hatte holen lassen. Der Angeklagte drohte, mit den Sachen nach seiner Wohnung fahren zu wollen, wenn er nicht 10 Mk. erhalte. Nach längerem Wortgefecht führte er auch die Drohung aus. Alsert befand sich in einer bösen Lage, es war gegen 9 Uhr Abends geworden und er wußte nicht, wo er während der Nacht mit den Seinen eine Unterkunft finden sollte. Er eilte dem davonfahrenden Wagen nach und erklärte, daß er bereit sei, die 10 Mk. zu opfern. Der Wagen wurde umgekehrt. Wieder vor dem betreffenden Hause angelangt, fing der Angeklagte nicht etwa an, die Sachen abzuladen, sondern er erhöhte nun seine Forderung auf 13 Mk. mit der Begründung, daß er inzwischen viel Zeit versäumt habe. Nun legte sich der Hausverwalter, empört über das Verhalten des Angeklagten, ins Mittel. Er versprach, für die 13 Mk. aufkommen, aber erst zahlen zu wollen, nachdem die Sachen abgeladen waren. Hierauf ließ der Angeklagte sich ein. Am folgenden Tage zeigte Alsert ihn wegen Erpressung an. Im Termine erging der Angeklagte sich in Ausführungen, wodurch er darzuthun versuchte, daß er sich in seinem Rechte befunden. Der Staatsanwalt wies darauf hin, wie häufig es vorkomme, daß Umziehende von den Fuhrleuten ausgebeutet würden, er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von vier Monaten. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Monate Gefängniß.

Berlin. Der Sturm der Unternehmer gegen die am 1. April in Kraft tretende neue Polizeiverordnung betreffend die Anbringung von Bremsen und festen Kutschersitzen an jedem Fuhrwerk ist abgeschlagen worden, alles Jammern um des lieben Geldsacks willen hat nichts genützt. Die Petitionen der Fuhrherren, „die Anbringungsfrist mindestens um ein Jahr zu verlängern", sind seitens des Polizeipräsidenten ad acta gelegt worden, ohne ihnen Folge zu geben.

Die Minister des Innern, sowie für Handel und Gewerbe konnten sich ebenfalls nicht dazu verstehen, den Wünschen der Fuhrherren nachzukommen. Dem Vereine Berliner Möbelspediteure ist seitens des Polizeipräsidenten folgendes mitgetheilt worden:

„Auf die Anfrage vom 10. vorigen Monats erwidere ich dem Verein, daß ich die Möbelwagen als Spezialwagen anerkenne und gegen die zusammenlegbaren festen Kutschersitze nichts einzuwenden habe. Die Forderung der Polizei-Verordnung vom 17. Mai 1901, daß der Kutscher nach allen Seiten freie Aussicht haben muß, wird in der Praxis bei allen Spezialwagen eine Einschränkung erfahren, deren Umfang sich nach der eigenartigen Bestimmung dieser Wagen bemessen wird.

Ich bemerke noch, daß auch gegen das Fahren vom Sattel diesseits nichts eingewendet wird.

Zu einer Hinausschiebung des Zeitpunktes, an welchem die Polizei-Verordnung in Kraft treten soll, sehe ich mich nicht veranlaßt, da die gewährte Frist hinreichend lang war.

gez.: von Windheim.

Damit ist endlich eine Frage gelöst worden, die das lebhafteste Interesse nicht nur unserer Kollegen, der Kutscher, sondern auch des Publikums im Allgemeinen erregt hatte. Hoffen wir, daß unsere Kollegen im Reiche allerorts mit der Agitation dafür einsetzen, daß gleiche Bestimmungen allerorts von Polizeiwegen getroffen werden.

Bochum. Was lange währt, wird endlich gut, diese Worte können wir auf unsere jetzt gegründete Verwaltungsstelle anwenden, trotz aller Hindernisse ist dieselbe, wenn

auch vorläufig klein, zu Stande gekommen. Hoffen wir, daß sie blühen und gedeihen wird. Viel ist noch zu erringen, doch Muth und Ausdauer wird auch hier Erfolge zeitigen, also Glückauf. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Lokale des Wirths Fr. Keller, Born- und Marienstraßen-Ecke, statt.

Charlottenburg. Bei den Wahlen zum Gewerbegericht, welche am 20. d. Mts. stattfanden, wurden in allen Bezirken die Kandidaten der Arbeitnehmer, welche von der Gewerkschafts-Kommission aufgestellt waren, gewählt. Auch von unserer Seite sind die Kollegen Tatusch und Heilmann gewählt worden. Es ist dieses das erste Mal, daß auch unser Beruf im Gewerbegericht Charlottenburg vertreten ist. Die Betheiligung an den Wahlen selbst war eine sehr laue und kommt daher, weil die Arbeiter immer erst dann an irgend eine Sache denken, wenn ihnen der Strick am Halse sitzt. Dadurch, daß sich die Arbeiter immer mehr um die Organisation schaaren, wird es ihnen ermöglicht, ihre Rechte, welche ihnen sonst in ihrer Unkenntniß verloren gehen, zu wahren.

Leider ist die Harmoniedusel hier am Orte, besonders unter den Kutschern in voller Blüthe, bei ihren Zusammenkünften und Vergnügungen sind ihre Herren Arbeitgeber auch anwesend und wenn dieselben dann mal ein Fäßchen auflegen lassen, werden sie zum Dank dafür angehockt. Die Lage der Kutscher ist wie überall eine tieftraurige, nicht einmal das haben sie zu Wege gebracht, daß, wie sonst üblich, der Lohn des Sonnabends ausgezahlt wird. In den meisten Fahrbetrieben sind die Kutscher von Sonntag früh bis Mittag thätig und dann gegen Mittag werden ihnen die oftmals sehr geringen Löhne ausgezahlt. Die Rollkutscher sind aber noch schlimmer daran, wenn die anderen Arbeitskutscher schon Feierabend haben, dann fahren diese immer noch bis in die späte Nacht umher, sogar sollen bei der Firma Hertling auch während der gesetzlichen Ruhezeit des Sonntags Güter ausgefahren werden. Es wird die höchste Zeit, daß sich die Kutscher Charlottenburgs besinnen und mit aller Macht auf bessere Zustände hinarbeiten. Solches kann aber nur geschehen, wenn alle einen Strang ziehen, wenn alle einer Organisation angehören. Hinweg mit aller Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer, herunter mit der Maske elender Heuchelei, denn wenn der Kutscher oder Arbeiter krank, alt und elend wird, wenn er sein Leben lang geschuftet hat, so wird er ohne Ausnahme aufs Straßenpflaster geworfen, denkt daran, daß Ihr Menschen seid, schaart Euch zusammen und tretet ein in die Reihen Eurer Klassengenossen, den Zentral-Verband. Aufnahmen können jederzeit beim Koll. Prill, Göthe- und Grolmannstraßen-Ecke erfolgen, sowie in der Versammlung. (Siehe Annonze.)

Leipzig. Vor Kurzem haben wir darauf hingewiesen, daß Lohnreduktionen in den Fuhrgeschäften am Orte nicht mehr lange ausbleiben würden. Die Firma Geisler in Connewitz läßt jetzt ihre Kutscher tagelang aussetzen, statt die Arbeitszeit derselben abzukürzen. Ein Theil der Kutscher muß jetzt feiern, der andere Theil aber noch immer von morgens 4 bis Abends 8 Uhr schuften, statt daß alle von etwa 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends arbeiten würden. Im Sommer darf der Kutscher vom frühen Morgen bis in die späte Nacht sich schinden und im Winter darf er aussetzen und hungern. Hoffentlich ziehen die Kollegen die richtigen Konsequenzen aus diesem Vorgehen ihrer Arbeitgeber. Dräut auch der Winter noch so sehr, es muß doch endlich Frühling werden. Die brutale Handlungsweise der Unternehmer ist nur durch eine starke und mächtige Organisation zu beseitigen. Deshalb sei jeder Kollege ein eifriger Werber für den Verband, gilt es doch Rekruten zu sammeln, um mit desto größerer Macht zu geeigneter Zeit an unseren Ausbeutern Vergeltung nehmen zu können.

Leipzig-Göhlitz-Ehrenberg. Wiederholt ist in unserem Fachorgan die Firma T. Bohne, Petroleum-Versandtgeschäft, bezüglich ihrer Arbeiterfreundlichkeit, sowie ihres famosen Arbeitsvertrages festgenagelt worden. Herr Bohne scheint folgedessen auf unsere Organisation sehr schlecht zu sprechen sein. Als vor nicht allzu langer Zeit im Ritterschlößchen eine Versammlung abgehalten werden sollte, ließ Herr Bohne seine Kutscher und Arbeiter auf den Hof rufen und theilte ihnen mit, daß, falls sie sich organisiren wollten, er schon für das Weitere sorgen wolle. Es wäre garnicht nöthig, daß dazu erst Agitatoren aus Leipzig kommen. Na das Ding könnte gut werden, wie die neuesten Vorkommnisse beweisen.

So wurde kürzlich ein Kollege Koch entlassen, angeblich weil er nicht genug verkauft haben soll. Seine Kollegen versichern, daß dem durchaus nicht so sei. Vor dem war Kollege Büchner entlassen worden, weil er einige Forderungen ausgeklagt hatte. Bei den Kollegen Nitsche und Eberhard ist das Gleiche der Fall. Letzterer soll sich seinem Vorgesetzten noch nicht ehrerbietig genug gezeigt haben, und einmal auf dem Wagen schlafend angetroffen worden sein. Der Lohn für die Kündigungsfrist wurde Eberhard ausgezahlt. Die eigentliche Ursache, daß diese Kollegen entlassen wurden, ist nur darin zu suchen, daß sie der Organisation angehörten, was dem Herrn Bohne nun absolut nicht gefallen will. Die nicht organisirten Kutscher bedeckt Herr Bohne mit seinem Wohlwollen. Nun steht aber die Sache so, daß sich seine Kundschaft nur zum allerkleinsten Theile aus den Honorationen der Gesellschaft zusammensetzt, der größte Theil seiner Kunden sind vielmehr Arbeiter, die sich die Kutscher und nicht Herr Bohne nach und nach erworben haben. Diesen werden wir die Handlungsweise des Herrn Bohne vor Augen halten und wir wollen sehen, wer dann den Kürzeren zieht. Wenn Herr Bohne durchaus den Kürzeren ziehen will, können wir ihm nicht helfen. Sofort, als die Beschwerden gegen Bohne einliefen, setzte sich unser Beamter mit ihm in telephonische Verbindung; eine persönliche Aussprache wurde seitens des Herrn Bohne zugesagt, nur sollte sich unser Kollege vorher telephonisch anmelden. Dies geschah und wer trotzdem nicht anzutreffen war, das war Herr Bohne. Nun, wir lassen uns nicht zum Narren halten und Herr Bohne wird es wohl noch einmal bereuen, daß er nicht bei Zeiten eingelenkt hat. Dafür wird schon unsere Organisation Sorge tragen.

Ludwigsburg. Daß die Geschäftskrise keine kleine ist, bekommt der hiesige Güterbeförderer Sturm und noch mehr aber seine Fuhrleute zu spüren; es müssen nämlich abwechslungsweise wöchentlich fünf derselben aussetzen.

Stuttgart. Fahrlässige Transportgefährdung. Anläßlich eines am 31. Oktober v. J. erfolgten Zusammenstoßes eines von der Rothebühlstraße herabfahrenden Straßenbahnwagens mit einem von der Kreuzung auf dem Alten Postplatz aufwärts fahrenden anderen Straßenbahnwagen, dem ein Materialschaden von 230 Mk. zugefügt wurde, war der Lenker des ersteren, Hilfswagenführer Gustav Kohler, einer Fahrlässigkeit angeklagt, weil er unterließ anstatt der Handbremse rechtzeitig die elektrische Bremse zu ziehen und die glatten Schienen mit Sand zu bestreuen, so daß es ihm nicht gelang, den Wagen zum Stehen zu bringen. Das Urtheil lautete auf eine Geldstrafe von 20 Mark.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Am Sonntag, den 12. Januar, tagte im goldenen Engel unsere Generalversammlung mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Verlesen des Protokolls. 2. Kassenbericht. 3. Fragekasten. 4. Geschäftsbericht. 5. Wahlen. 6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende eröffnete um 8½ Uhr die Versammlung. Nachdem zwei Kollegen neu aufgenommen waren, verlas der Schriftführer das Protokoll, welches für richtig erklärt wurde. Der Kassenbericht vom letzten Quartal, den Kollege Mengel gab, lautete wie folgt: Einnahmen 631,41 Mk., Ausgabe 129,75 Mk., bleibt somit ein Kassenbestand von 501,66 Mk. Die Revisoren erklärten die Kasse für richtig und wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Hierauf gab Mengel folgenden Geschäftsbericht: Im Jahre 1901 wurden 11 Mitglieder- und zwei öffentliche Versammlungen abgehalten. Der Mitgliederbestand war am Schluß des 4. Quartals 202; an Krankenunterstützung wurden 418 Mk. bezahlt und Sterbeunterstützung 90 Mk. Lohnbewegungen hatten wir zwei, von denen eine günstig, die andere dagegen ungünstig verlief. Punkt 5: Wahl. Mengel wird einstimmig als Bevollmächtigter wiedergewählt. Desgleichen Wiegand als Schriftführer. Als Kassirer wurde Kollege Köhler neu gewählt. Als Revisoren fungiren die Kollegen Hußner, Oditz und Fröhlig. Nachdem sich noch das Festkomitee aus den Kollegen Köhler, Taubert, Theil, Hußner und Bär zusammengesetzt hatte, wurde noch die Wahl der Beschwerdekommission vorgenommen und wurden hierzu die Kollegen Theil, Schneider, Woll, Müller und Wiegand gewählt. Nach Regelung noch einiger Verbandsangelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Annaberg i. Erzgeb. Noch vor wenigen Wochen stritt man sich im „Courier" über die Frage herum, ob die Organisation auch auf die sächsischen Mittel- und Kleinstädte ausgedehnt werden könnte. Die Sache wurde praktisch erprobt und fiel bejahend aus. Am Sonnabend, den 11. Januar, sprach Kollege Richter-Chemnitz in dem etwa 15 000 Einwohner zählenden Annaberg. Ueber 30 Personen waren anwesend. Erschwerend wirkte dabei noch mit, daß das denkbar schlechteste Wetter war sowohl als daß Annaberg seit Jahren keine Versammlungen gehabt hat; man versteht sich auch hier auf Saalabtreiberei. Das Referat des Kollegen Richter wurde mit großem Beifall aufgenommen und kam es hierauf zur Gründung einer Zahlstelle. Annaberg hat die bis jetzt bei uns bekannten schlechtesten Löhne für die Kutscher und Geschirrführer. Es erhalten nach den ausgefüllten Aufnahmescheinen drei Kutscher à 8 Mk. die Woche und früh Kaffee, ein Schirrmeister 14 Mk. pro Woche. Dabei ist die Arbeitszeit von früh ½5—½10 Uhr Abends. Die Löhne der Hausmänner (Markthelfer) schwanken zwischen 12—18 Mk. Auf Grund solcher Lohnverhältnisse ist es kein Wunder, daß die Kollegen, wenn sie zum Beitritt aufgefordert werden, erklären: „soviel habe ich heute nicht mit, das nächste Mal werde ich mich aber einrichten." Hier hat es sich so recht gezeigt, daß die schlechte Zeit dazu benutzt werden muß, den Kollegen ihre Lage vor Augen zu halten, und uns dies Erfolge bringt.

Kollegen von Annaberg! Nun agitirt aber für Euren Verband, damit das nächste Mal der Saal voll wird und die gesammten Kollegen sich demselben anschließen.

Fort Wilhelmshaven. Am Dienstag, den 7. Januar, fand in der Germaniahalle unsere regelrechte Mitgliederversammlung statt, welche einigermaßen gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand u. A.: „Neuwahl der ganzen Ortsverwaltung". Vom Kollegen Zander wurde vorgeschlagen, soviel wie möglich die alte Ortsverwaltung wiederzuwählen, denn letztere hätte sich schon etwas mehr eingearbeitet und wenn dieselbe nun neu gewählt würde, müßte jeder Neugewählte von vorn anfangen. Letzteres fand allgemeinen Anklang. Zum ersten Bevollmächtigten wurde W. Howald und zum zweiten Kollege Zander gewählt. Zum Kassirer wurde Kollege H. Otten und als dessen Stellvertreter H. Allmers gewählt. Zum 1. Schriftführer wurde L. Laue und zu dessen Stellvertreter H. Wessels wiedergewählt. Zum Beisitzenden wurde Kollege A. Redenius einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Fastenau und P. Behrens und zu Delegirte zum hiesigen Gewerkschaftskartell die Kollegen Fastenau und B. Otten gewählt. Indem noch die Kollegen ermahnt wurden, die öffentliche Versammlung gut zu besuchen und tüchtig zu agitiren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Gielefeld. Generalversammlung am 12. Januar. Nach Entnahme der Beiträge und Aufnahme eines Mitgliedes wurde der Jahresbericht gegeben. Nach demselben gaben 12 Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung mit Deimering als Referent stattgefunden. Beschlossen wurde, die Versammlungen jeden zweiten Sonntag im Monat beim Gastwirth Hagemann, Hengerstraße, abzuhalten. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Esmiol, als Kassirer Kollege Rüter und als Schriftführer der wieder nach hier von Detmold zurückgekehrte Kollege Pollmann gewählt. Zu Revisoren wurden Wächter, Wüllner II, Ober und als Kartelldelegirter Wilhelm Rüter gewählt, welchem für jede Sitzung 50 Pf. Entschädigung bewilligt wurden.

Am 2. Februar soll in der Zentralhalle eine öffentliche Fuhrmannsversammlung stattfinden, wozu Deimering-Elberfeld das Referat übernehmen soll.

Bremerhaven. Generalversammlung am 12. Januar. Der Kassirer erstattete folgenden Bericht: Einnahme seit der Gründung (vom 19. Sept. 1901) an Eintrittsgeld, Beiträge und Widerstandsfondsmarken 672,00 Mk., Ausgabe für Drucksachen, Kontrollkarten und Annoncen 28,85 Mk., Porto 2,60 Mk., 1 Schrank 61,50 Mk., Beitrag zum Kartell 7,50 Mk., Sonstiges 9,00 Mk., an die Hauptkasse abgeführt 418,18 Mk., verbleibt am Orte 149,42 Mk., in Summa 672,00 Mk. Die Ortsverwaltung setzt sich nach der Neuwahl wie folgt zusammen: J. Hahlbeck erster Vorsitzender, Fr. Lüth zweiter Vorsitzender, O. Steinhaus erster Kassirer, Ad. Issel zweiter Kassirer, Gust. Schröder Schriftführer, Jul. May und H. Arnemann sind Beisitzer. Als Revisoren bestimmte die Versammlung die Kollegen Schmidt, Giese und Mains.

Chemnitz. In einer Versammlung der Kutscher und Mitfahrer der Firma Eberth u. Co., Petroleumversandt, referirte Kollege Richter am 15. d. M. im Feldschlößchen Kappel über „Die Lage der Petroleumkutscher und Mitfahrer". Redner erläuterte den Versammelten den Umschwung in dem bisherigen Handelsgebahren, wie durch die amerikanische Trustbildung, der die russische Konkurrenz fast allein gegenübersteht, das deutsche Kleinkrämerthum aus dem Konzept gerathen sei. So bildeten sich in allen größeren Orten Spezialfirmen, die das Petroleumgeschäft, unter Ausschaltung des Zwischenhandels, im Großen betrieben. So sympathisch man auch der Entwicklung gegenüberstehen möge, so könne man doch nicht die Mängel und Nachtheile gutheißen, die in Bezug auf das Arbeitsverhältniß der darin beschäftigten Kutscher und Mitfahrer zu Tage treten. Als solche führte der Redner überlange Arbeitszeit, ungenügende Lohnverhältnisse und vor Allem ein Uebertriebenes Kautions- und Prozentsystem an, durch welch letzteres sich die Kollegen zu einer überlangen Arbeitszeit verleiten lassen. Andernfalls sei es unerklärlich, daß man Abends nach 10 Uhr noch Wagen in der Stadt fahren sähe. Zum Schluß forderte der Referent zum Beitritt in den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter auf.

In der Diskussion suchte Herr Assert von der Firma Eberth u. Co. die letztere als einen Musterbetrieb darzustellen, auch wären die dort beschäftigten Leute sehr zufrieden. Auf die Ausführungen des Referenten, daß das Pflegen der Pferde sehr gut von einer eigens dafür angestellten Person besorgt werden kann, antwortete Herr Assert, daß die Kutscher das ganz gut selbst noch machen könnten, in einer Viertelstunde könnten sie auch fertig sein. (Man bedenke, in einem Musterbetrieb. D. B.) Die Firma bezahle noch lange nicht die schlechtesten Löhne; wenn ein Mann von 18—19 Jahren 17—18 Mk. verdiene, so sei das jedenfalls genügend. Er begreife nicht, wie solche Klagen an den Verband kommen könnten.

Zum Schluß ging der Referent auf die Ausführungen Assert's ein. Der Verband wird nicht eher ruhen, bis auch diese Arbeiterklasse im Verbande ihre Interessenvertretung erblickt.

Am darauffolgenden Tage fand eine recht gut besuchte öffentliche Versammlung der Geschirrführer, Markthelfer, Packer und Speditionsarbeiter im „Schützenhaus" mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Antwort der Unternehmer betreffs der Bockitz- und Schleifzeugangelegenheit. 2. Die Verhältnisse bei der Firma „Stadt-Frachter Schubert. 3. Diskussion zu beiden Punkten. Die Ausführungen des Referenten Kollegen Richter decken sich im Großen und Ganzen mit dem im „Courier" bereits Veröffentlichten und erübrigt es sich, an dieser Stelle nochmals darauf zurückzukommen. Die Diskussion war eine lebhafte. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 16. Januar 1902 im Schützenhaus versammelten Geschirrführer und Kutscher halten daran fest, daß das Anbringen von festen Stagensitzen sowie von denselben aus leicht und sicher zu handhabendes Schleifzeug an allen Rollwagen unbedingt nothwendig ist. An allen anderen Lastwagen sind sogen. Schoßkellen fest und sicher anzubringen. Der heute noch übliche, kaum eine Hand breite Raum am Boden des Wagens, der als Sitz des Kutschers dienen soll, wird für vollständig ungenügend, ja sogar gefährlich erklärt. Bei Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ist der Kutscher nicht in der Lage, den Vorschriften des § 42 II der Str.-Pol.-Ord. der Stadt Chemnitz vollständig nachzukommen. Die Versammelten erwarten darum, daß der Rath der Stadt Chemnitz resp. das Polizei-Amt Vorkehrungen trifft, daß Leben und Gesundheit des Fahrpersonals sowie der Straßenpassanten geschützt werden.

Die Versammlung erwartet um so mehr eine Erfüllung ihrer Wünsche, als doch in der Stadt Hamburg diese Vorschriften schon seit Jahren bestehen und mit dem 1. April d. J. noch viel weitergehende Bestimmungen in Berlin Gesetzeskraft erlangen."

Sodann kritisirte Redner scharf das Verhalten der Firma „Stadtfrachter Schubert", welche in der flauen Zeit anstatt die Arbeitszeit etwas zu verkürzen, das Gegentheil für gut hält und die dadurch überflüssigen Kräfte einfach entläßt. In der Diskussion, an welcher sich zahlreiche Redner betheiligten, wurde bekannt, daß in genannter Firma ein System besteht, wonach jeder pro Woche 50 Pf. spart, welches Geld bei der Sparkasse angelegt wird. Es hat nun in einem Falle einer der acht entlassenen Kollegen drei Jahre lang mitgespart resp. gearbeitet und am Schluß hätte er nach Adam Riese 78 Mk. zusammengehabt. Es wurden ihm aber ausgezahlt 2 Mk. Auf welche Weise das Exempel zustande kam, konnte nicht festgestellt werden. Auch war ein Kollege entlassen und nach einer 10prozentigen Lohnreduktion wieder eingestellt worden. Leider handelt es sich hier wieder um Kollegen, die nicht organisirt sind und deshalb von der Organisation nicht geschützt werden können. Es wurde weiter noch gesagt, daß sich Kollegen sogar Mißhandlungen seitens der Unternehmer lieber gefallen lassen, ehe sie arbeitslos werden, ein Zeichen, wie tief traurig die Lage der Kollegen ist.

Nachdem Kollege Richter in seinem Schlußwort nochmals aufgefordert hatte, angesichts dieser Thatsachen Mann für Mann dem Verbande beizutreten, und sich eine große Anzahl Kollegen aufnehmen ließ, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Erfurt. Eine öffentliche Versammlung der Transportarbeiter beschäftigte sich am Sonntag, den 19. Januar, Nachmittags 3 Uhr, mit den Mißständen auf dem Erfurter Güterbahnhof. In Verhinderung des Kollegen Martini sprach der Genosse Hornung. Derselbe gab in ruhiger, sachlicher Weise den Klagen Ausdruck, welche über die auf dem Erfurter Güterbahnhof herrschenden Mißstände vor die Oeffentlichkeit zu führen sind. Als ein besonders hervorragender Uebelstand wird es bezeichnet, daß für die zur Entladung bestimmten Lowrys nicht nach ihrer Frachtart gesonderte Stränge befahren werden. Wagen mit Nahrungsmitteln stehen unmittelbar neben solchen mit Kohlen usw. Der beim Abladen der letzteren sich entwickelnde Staub verbreitet sich auf die ganze Umgebung. Dann ist bei schlechtem Wetter zwischen den Geleisen eine solche Schlammmasse an einzelnen Stellen, daß der Verkehr zu den Lowrys nicht nur für die dabei Beschäftigten, sondern auch für die verkehrenden Geschirre fast unerträglich wird. Das Pflaster der Fahrstraße auf dem Güterbahnhof ist durch den vielen Verkehr schwer beladener Wagen im schlechtesten Zustande und voller Löcher, worunter besonders die Pferde, aber auch die Transportgüter leiden. Die An- und Abfuhr sei durchaus nicht den Erfurter Verkehrsverhältnissen entsprechend geregelt. Namentlich liege Montags mitunter das Frachtgut so durch einander, daß oft stundenlang nach einem Kolli gesucht werden muß, wodurch auch eine dementsprechende Verzögerung im Abfahren entsteht. Auch über die Vorgänge beim Ein- und Beladen sei Klage zu führen. Während beim Entladen eine Lademeister bezw. sein Vertreter stets gleich zur Hand ist, muß mit dem Beladen oft eine Stunde und länger gewartet werden, weil der betreffende Beamte keine Zeit habe. Oft sei es unmöglich, mit dem Geschirr bis an die betreffende Lowry heranzufahren. Dann müssen eben die Güter ein Stück getragen werden. Sind es große, beispielsweise Möbel, so ist es oft unvermeidlich, daß sie einmal weggestellt werden müssen, und zwar, da es eben nicht anders geht, in den Staub oder Schlamm hinein. Daß das nicht zum Vortheil für die Möbel ist, dürfte klar sein. Die Zahl der mit der Reinigung des Güterbahnhofes betrauten Arbeiter ist zu klein und sind diese infolgedessen nicht imstande, des Schmutzes gänzlich Herr zu werden. Auch hier zeige sich wieder der Nutzen der von der Eisenbahnverwaltung beliebten Sparsamkeitspolitik in seinem vollsten Maße.

Kohlenhändler Beser bestätigte die Ausführungen des Redners und bedauerte, daß nicht mehr Arbeitgeber aus dem Handels- und Transportgewerbe zu dieser Versammlung erschienen sind. Einmal sei ihm der Zugang zu seiner Lowry durch eine jauchige Wasserpfütze versperrt gewesen. Auf seine Beschwerde habe der Beamte erklärt, er könne nichts ändern, das sei Sache der Bahnmeisterei. Daraufhin habe er von dieser einen Kahn verlangt, um die Entladung vornehmen zu können. Aber erst auf seine Drohung, den weiteren Beschwerdeweg einzuschlagen, sei Abhilfe geschaffen worden. Das bereits geschilderte Fahrstraßenpflaster sei so schlecht, daß es für die armen Pferde vor den schwer beladenen Wagen die größte Ueberanstrengung ist, die Last fortzubewegen. Oft leisten sich die Speditionskutscher gegenseitig Vorspann aus Gefälligkeit. Hier müßte sich der Thierschutzverein ins Mittel legen. Redner empfiehlt, eine gemeinschaftliche Versammlung der Arbeitgeber und -nehmer im Handels- und Transportgewerbe einzuberufen, von der die einzuschlagenden Schritte berathen werden sollen.

Diesem Vorschlag stimmte die Versammlung zu. Auch eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der alle diese Mißstände festgelegt sind und der Vorstand der Ortsgruppe Erfurt des Handels- und Transportarbeiterverbandes mit den weiteren Schritten beauftragt wurde. — An die Versammlung schloß sich ein geselliges Beisammensein.

Halle a. S. Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Zum 1. Punkt: „Jahresbericht", theilte Kollege Emmer als 1. Vorsitzender mit, daß im vergangenen Jahre 12 Mitgliederversammlungen, 22 Vorstandssitzungen und 10 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Sodann erstattete Kollege Möwes als Kassirer Bericht über die Kassenverhältnisse vom 4. Quartal 1901. Derselbe ergab eine Einnahme von 968.92 Mark, dagegen eine Ausgabe von 765 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 203,92 Mk. Zum 2. Punkt: „Wahl des Vorstandes" wurden die Kollegen Emmer als erster, Köhler als zweiter Vorsitzender, Möwes als Kassirer Emmrich als Schriftführer, Kuhlmann, Schmidt I und Frenzel als Beisitzer, Müller, Lune und Siegel als Revisoren gewählt. Unter „Verschiedenes" wurde beschlossen, zum Sommervergnügen am 1. Pfingstfeiertag d. J. das Belleduе fest zu machen. Nachdem noch einige kleine Vereinsangelegenheiten geregelt wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kassel. Sonntag, den 12. d. M., Abends 8½ Uhr, fand im Lokale Buchbach eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Rechnungsbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Nachdem der erste Vorsitzende ein klares Bild über die Erscheinungen und Erfahrungen im letzten Jahre entrollt und auf die Lehre hingewiesen, welche wir im Interesse des Verbandes hieraus zu ziehen haben, wird nach kurzer Diskussion dem Vorstand Entlastung ertheilt. Zum 2. Punkt sei bemerkt, daß der neue Vorstand sich aus meist schon gewesenen Vorstandsmitgliedern zusammensetzt. Beim „Verschiedenen" werden drei Kollegen, welche krank und arbeitslos sind, von der Versammlung mit je 10 Mk. Unterstützung bedacht. U. a. wurde die Handlungsweise des Wirths Brede hier, Orleans- und Schillerstraßen-Eck, die er sich einem Kollegen gegenüber hat zu Schulden kommen lassen, einer herben Kritik unterzogen.

Köln. Generalversammlung vom 12. Januar 1902. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen, erstattete der Kassirer Bericht über das 4. Quartal. Danach betrugen die Einnahmen 227,77 Mk., Ausgaben 77,09 Mk., an die Hauptkasse gesandt 124 75 Mk., bleibt Kassenbestand 25,93 Mk. Die Kasse ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden und wird dem Kassirer die Decharge ertheilt. Im Anschluß hieran gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über Entwickelung und Fortgang der einzelnen Sektionen und des ganzen Verbandes. Bei der darauf folgenden Wahl des Vorstandes wurden die Kollegen Krickmann als 1. und Wolf als 2. Vorsitzender, Lülsdorf zum 1. und Glänzer als stellvertretender Kassirer, Gerstäcker als 1. und Zander als 2. Schriftführer gewählt; ferner wurden die Kollegen Fergen, Geusen und Range als Revisoren, Geusen als Delegirter für das Gewerkschaftskartell und Hoven als Archivar gewählt. Auf Antrag der Ortsverwaltung wurde das Mitglied Wirges auf Grund des § 3 Abs. 7a der Statuten aus dem Verband ausgeschlossen und der Ausschluß im Courier veröffentlicht. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten geregelt, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig-Lindenau. Eine Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter tagte am Sonntag, den 12. Januar, im Restaurant „zwei Linden" in Lindenau. Das Referat mit dem Thema: „Was ist der Arbeiter werth?" hatte Genosse Manfred Wittig übernommen. In seiner bekannten humoristisch-satyrischen Weise führte er den Anwesenden die schroffen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit vor Augen; reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Unter Punkt 2: „Berufsangelegenheiten" werden die Firmen Bohne, Petroleum-Versandtgeschäft in Böhlitz-Ehrenberg und die Leipziger Dünger-Export-Gesellschaft einer scharfen Kritik unterzogen. Die Ortsverwaltung verspricht, einzutreten, um diese jeder Beschreibung spottenden Mißstände zu beseitigen. Des Weiteren macht der Vorsitzende auf das am 8. Februar im Felsenkeller stattfindende Wintervergnügen aufmerksam. Eine genehmigte Tellersammlung ergab 3,05 Mk. Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Lübeck. Die am 14. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen; hoffentlich läßt sich dasselbe Resultat auch bei allen folgenden Versammlungen konstatiren. Der Kassenbericht vom 4. Quartal 1901 ergab einen Bestand von 233,64 Mk. Der Ueberschuß vom Wintervergnügen beträgt 53,88 Mk.; hiervon wurden 40 Mk dem Lokalfonds und 13,88 Mk. der Bibliothek überwiesen. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: Stelling 1. Vorsitzender, Stolle 2. Vors., Landorn Kassirer, Beyer Schriftführer, Dose, Buhmann und Kallmann Beisitzer, Spethmann, Lill und Bahnke Revisoren, Eck und Hennings Kartelldelegirte, Muuß, Becker II und Teckenburg Hilfskassirer und Hennings Bibliothekar. Alsdann wurde beschlossen, an die auf der Kochschen Schiffswerft beschäftigten, anläßlich einer Beerdigung 3½ Tage ausgesperrt gewesenen Kollegen Unterstützung zu zahlen. Verschiedene Unterstützungsgesuche wurden genehmigt. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Sachen erfolgte sodann Schluß.

Magdeburg. Am Sonnabend, den 11. Januar, tagte im „Bürgerhaus" eine gut besuchte Generalversammlung unseres Verbandes. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete der Geschäftsführer, Kollege Bender. Der Kassenbericht pro 4. Quartal stellt sich wie folgt: Einnahme, Kassenbestand vom 3. Quartal 1428,15 Mk., Einnahme 1802 04 Mk., mithin zusammen 3230 19 Mk. Ausgabe 1028,91 Mk. An die Hauptkasse abgeführt 746 37 Mk. Bestand der Lokalkasse am Schluß des 4. Quartals 1459 91 Mk. — Zum Geschäftsbericht führte der Berichterstatter aus, daß die Ortsverwaltung ihre Geschäfte in sieben Vorstandssitzungen erledigt, in denen Verwaltungssachen, die Agitation und verschiedene Unterstützungsgesuche geregelt wurden. Eingegangen sind auf dem Bureau 52 Postsachen, verschickt wurden 207. Mitgliederversammlungen tagten drei, die alle gut besucht waren; öffentliche Versammlungen tagten sechs, hier ließ bei einigen der Besuch zu wünschen übrig. Bei den Wurstverkäufern wurde mit der Agitation energisch eingesetzt und ein ganz schönes Resultat erzielt. Heute ist die Hälfte von ihnen bei uns organisirt. Im Ganzen wurden 90 Kollegen im 4. Quartal dem Verbande als Mitglieder zugeführt. Auf dem Bureau meldeten sich 53 Kollegen als arbeitslos. Diese waren in den drei Monaten insgesammt 1026 Tage, gleich 146½ Woche, gleich 2⅘ Jahre arbeitslos. Stellen erhielten direkt von unserem Arbeitsnachweis sechs Kollegen, 29 haben auf andere Weise Arbeit erhalten, zwei wurden bei den städtischen Nothstandsarbeiten eingestellt und drei erhielten während der Weihnachts- und Neujahrstage bei der Post Beschäftigung. Am Schluß des 4. Quartals waren noch 15 Arbeitslose eingezeichnet. Diese Zahl hat sich bis zum 11. Januar schon wieder auf 26 erhöht. Unterstützungsberechtigt waren von den 53 arbeitslosen Kollegen 15. Diese erhielten insgesammt 142,56 Mk. Unterstützung. Der höchste Unterstützungssatz betrug 25, der niedrigste 2 64 Mk. Im Durchschnitt fallen auf den Kopf 9,50 Mk. Krankenunterstützung wurde an 28 erkrankte Kollegen gezahlt. Diese erhielten insgesammt 252,60 Mk. Der höchste Unterstützungssatz betrug 22 Mk, der niedrigste 1,60 Mk. Die 28 Kollegen waren insgesammt 458 Tage, gleich 65 Wochen, gleich 1¼ Jahr krank. Im 4. Quartal wurden im Ganzen 395,15 Mk. Unterstützung ausgezahlt; das sind 28 pCt. der Einnahme. Um Auskunft wandten sich 24 Kollegen an das Bureau. Die Auskünfte erstreckten sich auf die Arbeiterschutzgesetze, auf Schul-, Mieths- und Schuldverhältnisse. Auch der für die Kutscher Magdeburgs so verhängnißvolle § 316 des R.-Str.-B. spielte bei den Auskünften eine Rolle. Schriftstücke wurden 20 angefertigt.

Der Geschäftsbericht wurde mit Beifall aufgenommen und die Kollegen, die der Errichtung eines Bureaus mit Mißtrauen begegnet waren, sind durch den Bericht anderer Meinung geworden. Auf Antrag der Revisoren, die erklärten, bei Prüfung der Abrechnung alles in bester Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Geschäftsführer einstimmig Decharge ertheilt.

Den Jahresbericht erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Lübecke. Nachdem er des weiteren die Entwicklung unserer Organisation und die Thätigkeit im letzten Jahre besprochen hatte, gab er ein Bild über die Einnahme und Ausgabe des letzten Jahres. Die Einnahme betrug 7116 42 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeführt 3131,64 Mark. Die Ausgabe betrug 5224 87 Mk., mithin verbleibt ein Kassenbestand am Schlusse des Jahres von 1459,91 Mk. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, im neuen Jahre mit neuem Muth an den Ausbau und an die Stärkung unserer Organisation heranzutreten, schloß Kollege Lübecke seine Ausführungen, die mit Beifall aufgenommen wurden.

Nachdem der Kollege Oehte den Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells erstattet hatte, wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt die Kollegen Lübecke, Bender, Schwierske, Krone, Stelzner, Rohland und Köhler. Als Kartelldelegirte wurden die Kollegen Oehte und Gabriel, zu Revisoren die Kollegen Rathmann, Schmidt und Beneke gewählt.

Nachdem vom Kollegen Bender noch zur regen Agitation für den Besuch unserer Versammlungslokale aufgefordert worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

München. Generalversammlung am 12. Januar. Kollege Mayrhöfer gedenkt in erster Linie des verstorbenen 1. Bevollmächtigten, Kollegen Zinsmeister, und giebt hierauf bekannt, daß außer den statutenmäßigen Versammlungen 14 weitere abgehalten wurden, und zwar 4 im Westend, 3 im Ostviertel, 1 im Nordend, 2 im Dallarmi und im Restaurant Kreuzbräu 4 überaus stark besuchte Dienstmännerversammlungen. Durch Einschreiten des Verbandes konnten die Dienstmänner ihre Forderungen auf Herabsetzung des Standgeldes durchdrücken, während auch sonst der Verband keine Mühe scheute, die Rechte der Mitglieder zu wahren.

Rechtsschutz wurde in 16 Fällen gewährt; 8 in Strafsachen, wovon 4 mit Freisprechung und 4 mit milderen Strafen endeten, während bei den Zivilprozessen 4 zu Gunsten der Streitenden, 1 mit Vergleich erledigt wurden und 3 Fälle noch in der Schwebe sind.

Gestorben sind 5 Kollegen, 4 ausgetreten resp. zu anderen Organisationen durch Berufswechsel übergetreten, 3 Kollegen reisten ab und 4 Mitglieder mußten ausgeschlossen werden.

Ausschußsitzungen wurden 16 abgehalten; 9 Mal wurden Flugblätter verbreitet und in Haidhausen und Au-Giesing Zahlstellen errichtet. Durch die Generalversammlung in Nürnberg wurde für den Gau Bayern ein Beamter mit dem Sitz in München angestellt, und scheute der Verband weder Mühe noch Kosten, um dieselben zu heben, was erfreulicherweise gute Früchte zeitigte, denn von 270 Mitgliedern wuchs die Zahl in diesem Jahre auf über 600 an.

Ferner hielt der Verband 2 Festlichkeiten, je ein Sommer- und ein Winterfest ab, welche jedoch nicht besonders gut besucht waren.

Dem Bericht des Bevollmächtigten folgte der des Kassirers, welcher als richtig befunden erklärt wurde, worauf dem Kollegen Friedl einstimmig Decharge ertheilt wurde.

Sodann giebt Kollege Dobler den Bericht über den Arbeitsnachweis bekannt, wonach von 244 Stellen Suchenden nur 88 Stellen vermittelt werden konnten; eine Stelle mußte abgelehnt werden, weil nur 5 Mk. pro Woche, ohne Kost und Wohnung, bei elfstündiger Arbeitszeit bezahlt werden. Vermittelt wurden Ausgeber und Laufburschen mit einem Wochenlohn von 17—18 Mk. bei 12—13stündiger Arbeitszeit, Kutscher 18—20 Mk. bei 13stündiger, Speditionsarbeiter mit 18—19 Mk. bei ebenfalls 13stündiger Arbeitszeit, Fuhrleute mit 16—17 Mk bei 14stündiger, Hilfsarbeiter mit 18 Mk. bei 10stündiger, Packer mit 20—21 Mk bei 10stündiger, ein Einkassirer mit 22 Mk. bei 8stündiger Arbeitszeit.

Dobler ersucht noch, den Arbeitsnachweis überall bekannt zu geben, damit er recht populär werde, umsomehr als derselbe kostenlos für Prinzipale und Stellensuchende zur Verfügung steht.

Kollege Lang bedauert, daß das Nordviertel zu wenig berücksichtigt wird und verlangt mehr Versammlungen, welchem Wunsche nachzukommen versprochen wird.

Sodann begründet Kollege Dobler einen Antrag der Ortsverwaltung auf Antrag eines besoldeten Einkassirers, denn jede Gewerkschaft hat in München damit nur gut abgeschnitten und werden Restanten leichter hintenangehalten, ebenso bleibt die Mitgliedschaft eher stabil. Die Metall- und Holzarbeiter-Organisationen ständen sich besonders gut, seit bei ihnen das Einkassirerwesen eingeführt wurde und verspricht sich auch die Ortsverwaltung nur Vortheile, die Besoldung wäre gedacht mit 24 Mark pro Woche.

Die Kollegen Glonner und Mitesser glauben, daß es der Verband nicht leisten könne und ersucht ersterer, gegen den Antrag zu stimmen. Die Kollegen Regensburger und Dobler sprechen nochmal dafür und wird der Antrag mit allen gegen 8 Stimmen angenommen, ebenso ein weiterer, daß der Lohn 24 Mark pro Woche betrage einstimmig; desgleichen ein Antrag auf Erhöhung der Ortsverwaltung auf 9 Mann.

Dem Kassirer Friedl wird eine Remuneration von 20 Mark gewährt; sodann wird eine fünfgliedrige Kommission zur Leitung der Wahlen eingesetzt; für den Posten als Einkassirer meldeten sich 12 Mann und fiel die Wahl auf Kollege Schäffler. Als erster Bevollmächtigter wurde wiedergewählt Kollege Ludwig Mayerhöfer, als zweiter Bevollmächtigter Kollege Eisenberger, bisher zweiter Kassirer, als erster Kassirer Kollege Johann Friedl, als zweiter Kassirer Kollege Sanctjohanser, als erster Schriftführer Kollege Regensburger, als zweiter Schriftführer der bisherige Kollege Stierl. Beisitzer wurden die Kollegen Frech, Küßler und Wickles.

Sämmtliche Wahlen wurden per Stimmzettel vorgenommen, die drei Revisoren Kollegen Lochner, Fend und Zins einstimmig per Akklamation.

Kollege Mayerhöfer dankt hierauf für das ihm wiedergeschenkte Vertrauen und bittet, ihn auch heuer wieder zu unterstützen, damit der Verband wachse und gedeihe im Interesse des Einzelnen, im Interesse der Gesammtheit und schließt sodann die gut besuchte Versammlung.

Nordhausen. Generalversammlung vom 14 Januar. Der stellvertretende Vorsitzende eröffnet die Versammlung und bedauert sehr, daß Kollege Husung so schwer krank liegt und seines Amtes nicht walten kann. Da nun bei vorgerückter Zeit Genosse Wicklein nicht erschien, so mußte der Vortrag verschoben und die Tagesordnung geändert werden. Nun erfolgte zunächst die Rechnungslegung und wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Unser Vergnügen am 1. Dezember hat sich so gestaltet, daß wir keinen Ueberschuß und kein Defizit zu verzeichnen haben. Sodann

giebt der Kartelldelegirte Strohmeyer seinen Bericht und macht auf die nächste am 15. Januar stattfindende Arbeitslosenzählung aufmerksam, er bittet, dieser doch mehr Beachtung zu schenken. Er legt ferner jedem Einzelnen ans Herz, der Organisation treu und fest zur Seite zu stehen, auch in die dunkelsten Winkel sollte man Licht hineinbringen. Hierauf ließen sich verschiedene Kollegen aufnehmen. Dann erfolgte die Wahl und zwar wurden gewählt: Als 1. Bevollmächtigter Kollege Karl Strohmeyer, als 2. Bevollmächtigter Friedrich Querfurt. Zum Kassirer wurde Kollege Gothe wiedergewählt. Zum Schriftführer Kollege A. Teichmann. Als Revisoren die Kollegen W. Schönleiter, Jos. Buhl, Karl Nachtwey. Als Kartelldelegirter Kollege Strohmeyer und Stellvertreter Fr. Querfurt. Im Verschiedenen fragt Kollege Gothe, ob und wie sich die Kollegen zu einem Vergnügen im Februar stellen; selbiges wurde abgelehnt. Ferner giebt der Kollege Gothe bekannt, daß am 8. Januar ein Vortrag des Genossen Wicklein im Brennerverein stattfand, welcher auch mit großem Beifall entgegengenommen wurde. Hoffentlich wird er doch bald die nöthigen Früchte zeitigen. Ferner fand am 11. Januar im Kutscherverein ein Vortrag unseres Gau-Bevollmächtigten O. Martini statt, wonach sich auch einige zur Aufnahme meldeten. Kollege Lässer ladet dann die Kollegen zum Sonnabend, den 18. Januar, ein, beim Kollegen Aug. Bicking sich zu einem Geburtstagsfäßchen zusammenzufinden. Sodann Schluß der Versammlung 12 Uhr. Nächste Versammlung am 26. Februar im Schützenhaus. Im Ferneren werden die Kollegen zu dem am 2. Februar, Abends 8 Uhr, im Schützenhaus stattfindenden Maskenball des Arbeiter-Sängerchors Lassalle freundlichst eingeladen.

Nürnberg. Mitgliederversammlung am 13. Januar. Da Genosse Rudolf verhindert ist, seinen versprochenen Vortrag über Tarifverträge zu halten, so wird dieser zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt. Als Delegirte zum Gewerkschaftskartell werden die Kollegen Maar und Bauernfeind gewählt. Betreffs der Arbeitslosenzählung werden die Kollegen aufgefordert, sich recht rege daran zu betheiligen. Verschiedene Kollegen erklären sich dazu bereit. Maar schildert noch das Verhalten des Magistrats bezw. der Arbeitslosen und zeigt, wie nothwendig es ist, daß die Arbeiterschaft selbst die Zählung vornimmt. Eine Zuschrift der Kommission zur Errichtung eines Kostumvereins wird der Ortsverwaltung überwiesen. Die Vorschläge zum Aufsichtsrath des Arbeitersekretariats werden den Kartelldelegirten überlassen.

Plauen i. V. „Der wirthschaftliche Niedergang und seine Folgen für die Handels- und Transportarbeiter", so lautete das Thema, welches Kollege Richter aus Chemnitz in einer von etwa 40 Personen besuchten Versammlung am Hohneujahr behandelte. Redner erläuterte zunächst Ursachen und Gründe dieser Geschäftsstockung, ging dann im allgemeinen auf das Arbeitsverhältniß ein und meinte, in sogenannter guter Konjunktur wird 16 und 18 Stunden gearbeitet, und alle Vorstellungen des Personals um Verkürzung der Arbeitszeit werden mit der Erklärung abgewiesen, es müßten sonst mehr Kräfte eingestellt werden, und das trägt das Geschäft nicht. Kommt nun aber mal eine flaue Zeit, flugs wird ein Theil des Personals entlassen, und die Uebrigen müssen noch länger arbeiten als sonst. Wenden sich nun die Arbeiter dagegen, fliegen sie ebenfalls aufs Pflaster, denn es giebt ja Andere genug, die schließlich noch billiger sind. Auch die Behandlung, die die Herren in solchen Zeiten ihrem Personal angedeihen lassen, läßt erkennen, daß dieselben glauben, ihre Arbeiter als Sklaven oder Gesinde betrachten zu können. Schon dies allein müßte veranlassen, daß in solchen Zeiten sich die Kollegen überlegen müßten, unter welch traurigen Verhältnissen wir vegetiren müssen. Nur ein Mittel giebt es, für die Kollegen bessere Zustände zu erzielen, das ist: Zusammenschluß aller Kollegen in eine Organisation, eine Organisation, die alle Kollegen des Reichs zusammenfaßt, und das ist unser Zentralverband. In einem speziellen Punkte: „Die Vortheile der Organisation" schilderte Richter, was unsere Organisation erstrebt resp. schon erreicht hat, und forderte die Anwesenden auf, nicht länger mehr zu zögern und sich uns anzuschließen. Lebhafteste Zustimmung bewies, daß der Referent jedem aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion, die sich zu einer lebhaften gestaltete, erklärte u. a. Kollege Schumann, (der Vorsitzender des lokalen Marktheilervereins ist), es sei eine Schande, welche Interessenlosigkeit unter den Plauenschen Kollegen stecke. Der Verein hätte beschlossen, in der Gesammtheit in dieser Versammlung zu erscheinen und kaum ein halbes Dutzend Mitglieder seien davon anwesend. Er persönlich sei dem Anschluß an unseren Verband garnicht abgeneigt und andere Vorstandsmitglieder auch nicht, aber die Kollegen seien zu phlegmathisch und versprechen viel und halten nichts. Der Grund, warum das so sei, ist darin zu suchen, daß eben in Plauen die männliche Arbeitskraft garnichts gelte, weil die Frauenarbeit überwiege. In gleichem Sinne sprachen noch eine Anzahl Anwesender.

Kollege Richter feuerte in seinem Schlußwort die Anwesenden nochmals an, alles daran zu setzen und nicht zu verzagen, damit auch in Plauen der Hebel angesetzt werden kann, womit diese Mißstände beseitigt werden können. Mögen sich die gesammten Vogtländischen Kollegen zunächst um ihre Berufsfragen bekümmern. Nur wenn wir stark und einig sind, da wird es besser werden.

Potsdam. In der am Sonntag, den 19. Januar abgehaltenen, gut besuchten Generalversammlung hielt zunächst Genosse Brinkert vom Gewerkschaftskartell einen Vortrag über Werth und Nutzen der Gewerkschaftskartelle und forderte am Schluß seiner Ausführungen zum Anschlusse an dasselbe auf. Kollege Streitner-Berlin ergänzte die Ausführungen des Referenten, worauf einstimmig beschlossen wurde, sich dem Kartell anzuschließen. Als Delegirte wurden die Kollegen Schuster, Eptinius; als Ersatzmann Kollege Jötzsch gewählt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1901 ergab folgendes Resultat: Einnahme 216,65 Mk., Ausgabe 123,15 Mk.; unter den Ausgaben sind 80,85 Mk. an die Hauptkasse gesandt.

In der Diskussion wurde befürwortet, daß man den Hilfskassirern für Einkassiren der Beiträge und Austragen der Zeitung eine Vergütigung von 7½ pCt. von den einkassirten Beiträgen gewähren solle, dieses wird einstimmig angenommen. Unter Verbandsangelegenheiten berichtet Kollege Schuster, daß von der Behörde das Ansinnen gestellt wurde, er möge doch Sonntags keine Versammlungen mehr abhalten, eventl. würde ihm die Genehmigung versagt werden. Kollege Streitner unterzieht dieses Ansinnen einer scharfen Kritik und führt aus, daß, wenn es vielleicht an den nöthigen Beamten fehlen sollte, man doch welche einstellen könne. Das Koalitionsrecht sei uns gewährleistet, und deshalb können die Arbeiter bestimmen, an welchem Tage sie sich vereinigen, ob Sonntag oder Werktag. Im Uebrigen verzichten wir ganz gerne auf polizeiliche Ueberwachung. Man solle getrost die nächste Versammlung wieder an einem Sonntag einberufen, der Zentralvorstand werde bei eventueller Versagung der Genehmigung den Beschwerdeweg beschreiten. Mit einem kurzen Appell an die Anwesenden, auch fernerhin für die Organisation zu agitiren und derselben neue Mitglieder zuzuführen, wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. Am Sonntag, den 5 Januar, fand unsere Mitgliederversammlung bei Schellhase statt, welche ziemlich gut besucht war. Nach dem Bericht des Kassirers haben wir einen Bestand von 92,23 Mk., also ein Mehr von 28,56 Mk. gegen das letzte Quartal zu verzeichnen. Der nächste Punkt der Tagesordnung mußte leider ausfallen, weil unser Vorsitzender, Sudrow, durch eine Begräbnißfeier verhindert war, zu erscheinen. Hierauf wurde ein Antrag des Kollegen Essers, welcher sich zur Erholung Außerhalb befindet verlesen, der lautet, doch mit der Neuwahl des Vorstandes solange zu warten, bis er wieder in unserer Mitte erscheinen kann. Dieser Antrag wurde, dem großen Interesse und regen Antheil zufolge, den Kollege Essers der Filiale entgegenbringt, einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, die Neuwahl des Vorstandes bis zum 9. März zu verschieben. Unser Delegirter brachte noch Verschiedenes über die hier bald stattfindende Gewerbegerichtswahl zum Vortrag, worüber eine kürzere Diskussion folgte. Unter „Verschiedenes" brachte der stellvertretende Vorsitzende einen ihm kürzlich passirten Fall zur Sprache, um den Kollegen vor Augen zu führen, daß man durch die Organisation und Einigkeit unter seinen Arbeitskollegen alles resp. sehr vieles erreichen kann. Wenn auch, wie hier der Fall ist, dem betreffenden Herrn Arbeitgeber erst gesagt werden mußte, daß die Arbeiter sich nicht handeln lassen, sondern daß „Einer für Alle" und „Alle für Einen" sind, wurde unseren Kollegen statt Abzug durchschnittlich wöchentlich 3 Mk. mehr bewilligt, was doch schon sehr viel sagen will. Darum organisirt Euch, damit Ihr einig unter Euch seid, geht in den Verband.

Nach dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag wurde die Versammlung geschlossen.

Sonneberg i. Th. Generalversammlung am 29. Dezember. In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Karl Roth als erster und Joh. Fischer als zweiter Bevollmächtigter, als Kassirer Reinhold Brückner, als Schriftführer Wilhelm Kümmel, als Beisitzer August Harr, Joh. Kolb und Heinrich Dorst. Zu Revisoren wurden die Kollegen Michael Bauer, Ferdinand Bauer und Albert Höfer bestimmt. Als Delegirte zum Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Joh. Pensel und Joh. Trepper gewählt. Nach Aufnahme einiger neuer Mitglieder erfolgte Schluß der Versammlung.

Stuttgart I. Am Dienstag, den 7. Januar, hielt die Zahlstelle I im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Nach Erledigung des 1. Punktes der Tagesordnung gab der Vorsitzende den Bericht über die Thätigkeit im vergangenen Jahre, bei welchem leider ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen war. Hierauf gab der Kassirer den Kassenbericht und wurde demselben Decharge ertheilt. Bei Punkt 4: „Neuwahl der Ortsverwaltung" wurden gewählt die Kollegen Bürgle als Vorsitzender, Pfizenmaier als Kassirer, Schmid-Ostheim als Schriftführer. Auch die weiteren Wahlen gingen sehr gut von statten, da für sämmtliche Aemter auch die sich dazu eignenden Kollegen gewählt wurden. Unter „Verschiedenes" wurden die Mißstände eines Betriebes vorgebracht und beschlossen, dieselben dem Ausschuß zur weiteren Regelung zu überlassen, ob in demselben nicht einigermaßen Remedur geschaffen werden könnte. Alsdann wurde die Versammlung, welche sehr gut besucht war und den Anschein erweckte, als ob mit dem neuen Jahre auch neues Leben in die Reihen der Kollegen gekommen wäre, geschlossen.

Den Kollegen wollen wir an dieser Stelle zurufen, daß ein jeder es sich zur Pflicht machen möge, in diesem Jahre mindestens einen Kollegen dem Verbande zuzuführen und auch selbst als zielbewußter Kollege Mitglied in unseren Reihen zu bleiben, damit die hiesige Verwaltung zu einem starken Zweig unseres Zentralverbandes emporwachse.

Weimar. Generalversammlung am 11. Januar. Die Ortsverwaltung gab den Jahresbericht, der Kassirer die Abrechnung. Die Revisoren erklärten, daß sie die Kasse in Ordnung befunden und wurde darauf dem Kassirer Decharge ertheilt. Die bisherigen Funktionäre der Ortsverwaltung wurden hierauf wiedergewählt. Als Revisor wurde Kollege Hölzer neugewählt. Als Delegirte zum Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Fingel und Blanche gewählt. Ferner wurde beschlossen, am 23. Februar ein Stiftungsfest zu arrangiren.

Weißwasser O.-L. Am Sonnabend, den 18. Januar, fand hier die erste öffentliche Versammlung aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen statt. Kollege Pause aus Berlin sprach über das Thema: „Warum müssen wir uns organisiren?" In längerer Rede führte der Referent den Anwesenden den Nutzen der Organisation vor Augen. Am Schluß des mit großer Aufmerksamkeit entgegen genommenen Vortrags ließen sich sämmtliche Anwesenden im Verbande aufnehmen. Nachdem der Leiter der Versammlung, Kollege Georg Wegner, die Anwesenden aufgefordert hatte, nicht eher in der Agitation zu erlahmen, bis alle Berufskollegen von Weißwasser der Organisation beigetreten sind, wurden dem Kollegen Aug. Kreisel die Posten des Bevollmächtigten und Kassirers übertragen. Mit dem Amt des Schriftführers wurde der Kollege Lange betraut. Die Versammlungen finden laut Beschluß jeden ersten Sonnabend eines jeden Monats, Abends 8½ Uhr, im Hotel Stadt Muskau statt. Außerdem wurde bestimmt, daß jeden Sonntag Vormittag von 9—11 Uhr in dem Versammlungslokal die Beiträge entrichtet werden können. Vor Schluß der Versammlung ermahnte der Referent die Kollegen noch zum festen Zusammenhalten und wünschte der neugegründeten Verwaltungsstelle gutes Gedeihen.

Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, den 8. Februar, Abends 8½ Uhr, statt. Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, recht zahlreich zu erscheinen und die noch nicht organisirten Kollegen mitzubringen.

Aus den Gewerbegerichten.

Stuttgart. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Wilhelm Schwab und Klemens Birkemaier, Fuhrknechte in Ostheim, gegen Friedrich Kurz, Wirth in Gablenberg. Die beiden Kläger verlangen jeder 34,90 Mark. Sie wurden entlassen, weil sie im Verdacht standen, mit einem Mädchen vom Hause unsittliche Handlungen begangen zu haben. Da aber das Mädchen schwört, daß Letzteres nicht der Fall war, so wird der Beklagte verurtheilt, jedem der Kläger die Summe von 34,90 Mark zu bezahlen, und hat noch die Kosten der Verhandlung mit 3 Mark zu tragen.

Grobe Thierquälerei. Heinrich Riethmüller, Fuhrknecht, gegen Gottlob Bäßler, Fuhrhalter. Dem Kläger wurde am 5. Januar gekündigt, am 8. Januar aber wurde er schon entlassen, weil er die Pferde des Beklagten unnöthig geschlagen und dadurch sich eines Verstoßes gegen den § 123 Abs. 6 der G.-O. schuldig gemacht hat. Dieser Absatz lautet: „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden, wenn sie einer vorsätzlichen und rechtswidrigen Sachbeschädigung zum Nachtheile des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters sich schuldig machen." Obwohl von einem Zeugen mitgetheilt wurde, daß nach seiner Wahrnehmung in der Behandlung der Pferde seitens des Klägers eine eigentliche Thierquälerei nicht gefunden werden könne, wurde von einem weiteren Zeugen, einem Kollegen des Beklagten, mitgetheilt, daß der Kläger die Pferde unnöthig und zwar dermaßen geschlagen habe, daß sie tropfnaß in den Stall gekommen seien. Auf Grund dieser Aussage bekommt der Kläger nur für die zwei Tage, die er noch gearbeitet hat, seine Bezahlung, mit seiner Entschädigungsklage jedoch wird er unter Hinweis auf den oben angeführten Paragraphen abgewiesen und hat ⅞ der Kosten zu tragen.

Aus den Krankenkassen.

Stettin. Am Donnerstag, den 9. Januar 1902, fand die Ersatzwahl der Arbeitnehmervertreter statt und siegte die vom Verband aufgestellte Liste mit 100 gegen 62 Stimmen, welche auf die gegnerische Liste fielen, trotzdem die Versammlung erst zu 8½ Uhr anberaumt war, waren die Gegner schon eine Stunde vorher zahlreich erschienen und siegesbewußt schweiften ihre Blicke im Lokale umher.

Spärlich, sehr spärlich erschienen unsere Kollegen, aber was lange währt wird gut; aber kurz vor der angesetzten Zeit da erschienen unsere Kollegen kolonnenweise und das Resultat war, wie oben angegeben, daß der Sieg auf unsere Seite fiel. Hierauf geberdeten sich die Gegner wie toll, erklärten die Wahl wäre ungültig und dergleichen Dinge mehr.

Inzwischen haben die Gegner Protest erhoben und demselben mit den albernsten Behauptungen begründet, wir vermuthen, daß sie sich mit dem Protest eine neue Niederlage holen wollen.

Verschiedenes.

Fürth via Coburg. (Eine Richtigstellung.) Die Frage des Baus von Vereins- und Gewerkschaftshäusern wird seit dem Zusammenbruch des Fürther Saalbau-Unternehmens in der Arbeiterpresse in viel pessimistischer Weise behandelt, als es vordem der Fall.

Dieser ganz erklärliche Pessimismus macht sich aber nicht nur Plänen von ähnlichen Gründungen, wie in Fürth, gegenüber bemerkbar, nein, alles was nur im entferntesten an etwas derartiges erinnern könnte, wird mit Fürth in Verbindung gebracht.

Die organisirte Arbeiterschaft Coburgs, welche sich in Bezug auf die Lokalfrage seit langem in schwerer Sorge befindet, vom 1. April aber geradezu obdachlos ist, wird nun vollständig unberechtigter Weise in ihren Bestrebungen mit Fürth verglichen.

Coburg, als herzogliche Residenzstadt, hat seit Jahren keine städtische Herberge mehr, und die Proletarier der Landstraße, sofern sie unorganisirt sind, müssen, ob bei Tag oder Nacht, bei Wind und Wetter weiter wandern, wenn sie den ungastlichen Boden Coburgs betreten haben.

Aber die Beschaffung der Unterkunft für die organisirten Durchreisenden wurde seit Jahren immer schwieriger.

Noch schlimmer steht es mit den Versammlungslokalen. Größere sind schon seit langem nicht mehr zu erhalten und jetzt wird uns auch die letzte Möglichkeit zur Zusammenkunft genommen. Die preußische Eisenbahndirektion in Erfurt veranlaßte den Besitzer unserer Wirthschaft, der zufälligerweise Eisenbahnsekretär ist, uns, bezw. unserem Vereinswirth, Genossen Stegner, zu kündigen. Nirgends mehr eine Möglichkeit, ein Heim zu finden, fassen wir den Entschluß, durch Kauf oder Pacht eines Hauses den vereinigten Gegnern ein Schnippchen zu schlagen. Allein zu schwach, wenden wir uns an die Zahlstellen der hier domizilirenden Gewerkschaften mit der Bitte um eine kleine Unterstützung, und nun wird unser der Zwangslage entsprungener Versuch mit einem Hinweis auf Fürth abgethan, Fürth via Coburg ist der Kassandraruf, welcher ertönt.

Kann die Absicht, ein Haus zu pachten oder für wenige Tausend Mark ein gut verzinsliches Haus zu kaufen, mit einem beinahe eine halbe Million kostenden Prachtbau verglichen werden?

Kaum der zehnte Theil ist bei uns als Kaufsumme nöthig, wie bei jenem Unternehmen, und wenn unsere durchreisenden Kollegen dort Unterkunft finden und nur die jetzt obdachlos werdenden in ein paar Zimmern ihre

Versammlungen abhalten und dort verkehren, ist das Unternehmen, was nur 2000 M. Pacht erfordert, gesichert.

Gerade die außergewöhnliche Entwickelung der Arbeiterbewegung in unserem Schwesterland Gotha veranlaßt hier gewisse lichtscheue Elemente alles zu thun, um das Fortschreiten unserer Bewegung zu hindern; helft uns, ihre Versuche zu Schanden zu machen, und es wird sicher auch im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung sein.

Erhardt Müller.

Mittheilungen des Zentralvorstandes.

Eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes wurde am 11. Januar 1902 in Annaberg i. S. gegründet. Als Bevollmächtigter fungirt Kollege Gustav Böttel, Turnergasse 5, I. und als Kassirer Kollege Ernst Reichel, Gr. Kirchgasse.

Desgleichen in Weißwasser O.-L. am 18. Januar 1902. Zum Bevollmächtigten und Kassirer wurde der Kollege August Kreisel, Hermannsdorf b. Weißwasser O.-L., Wilhelmstraße, gewählt.

Außerdem wurde in Berlin am 1. Januar 1902 eine zweite Verwaltungsstelle (Fensterputzer) gegründet. Als Bevollmächtigter fungirt Kollege Max Pause, Engel-Ufer 15, 3 Trp., Zimmer 31 und als Kassirer Karl Brüschke, Engel-Ufer 15, 3 Trp., Zimmer 31.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, welche noch nicht abgerechnet haben, die Abrechnung des 4. Quartals zu beschleunigen, da die statutengemäße Frist bereits abgelaufen ist. Desgleichen bitten wir die Aufnahmescheine vom 4. Quartal einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO., Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. — Alle Gelder sowie Abrechnungen sind an den Hauptkassirer Kollegen Karl Kaßler, Berlin SO., Engelufer 15, einzusenden.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen ein vom 15. November 1901 bis 27. Januar 1902:

Velten 3. Quart. 183,68 Mk., Kassel 3. Quart. 142,50 Mark, Strlegau 3. Quart. 11,47 Mk., Annoncen und Abonnements 84,50 Mk., Karlsruhe 3. Quart. 10,25 Mk., Solingen 3. Quart. 38,50 Mk., Cottbus 3. Quart. 39,98 Mark, Barmen 3. Quart. 8 Mk., Eisenach 3. Quart. 8,05 Mark, Stuttgart I 3. Quart. 268,55 Mk., Einzelmitglieder 32,20 Mk., Speyer 3. Quart. 21,10 Mk., Lüneburg 3. Qu. 18,00 Mk., Neustadt 3. Quart. 16,25 Mk., Leipzig a Conto 4. Quart. 1000,00 Mk., Leipzig für Maimarken 93,75 Mk., Dresden 3. Quart. 838,35 Mk., Berlin für Maimarken 349,00 Mk., Wandsbeck 4. Quart. 149,30 Mk., Potsdam 4. Quart. 123,15 Mk., Rathenow 4. Quart. 31,70 Mk., Annonce 1,20 Mk., Görlitz 4. Quart. 174,88 Mk., Coburg 4. Quart. 0,33 Mk., Lissa 4. Quart. 21,09 Mk., Altona 4. Quart. 768,20 Mk., Ilmenau 4. Quart. 23,75 Mk., Hof 4. Quart. 16,80 Mk., Sangerhausen 4. Quart. 48,75 Mark, Steglitz 4. Quart. 37,45 Mk., Waldenburg 4. Qu. 41,25 Mk., Halberstadt 4. Quart. 64,93 Mk., Magdeburg 4. Quart. 946,37 Mk., Lübeck 4. Quart. 245,25 Mk., Altenburg 4. Quart. 295,00 Mk., Halle 4. Quart. 394,50 Mk., Fürth 4. Quart. 282,57 Mk., Altona für Maimarken 32,25 Mark, Königsberg 4. Quart. 816,90 Mk., Chemnitz 4. Qu. 183,15 Mk., Bremerhaven 4. Quart. 413,13 Mk., Augsburg 4. Quart. 21,25 Mk., Bremen 4. Quart. 203,65 Mk., Sonneberg 4. Quart. 41,82 Mk., Grünau 4. Quart. 47,53 Mark, Wilhelmsberg 4. Quart. 23,25 Mk., Hamm 4. Qu. 36,10 Mk., Stuttgart II 4. Quart. 129,80 Mk., Feuerbach 4. Quart. 25,00 Mk., Weimar 4. Quart. 26,89 Mk., Hannover II 4. Quart. 53,50 Mk., Stuttgart I 4. Quart. 144,80 Mk., Crimmitschau 4. Quart. 49,33 Mk., Worms 4. Quart. 17,50 Mk., Ludwigshafen 4. Quart. 72,90 Mk., Frankenthal 4. Quart. 31,26 Mk., Stettin 4. Qu. 164,40 Mark, Witten 4. Quart. 32,00 Mk., Dresden 4. Quart. 670,78 Mk., Hannover I 4. Quart. 64,45 Mk., Charlottenburg 4. Quart. 99,45 Mk., Bant-Wilhelmshaven 3. und 4. Quart. 45,17 Mk., Frankfurt a. O. Restsumme 4,00 Mk., Cottbus a. Conto 4. Quart. 40,00 Mk., Mainz 4. Quart. 62,63 Mk., Heidelberg 4. Quart. 16,73 Mk., Retourzahlung an Rechtsschutzkosten 5,25 Mk., Cöpenick 4. Quart. 70,45 Mk.

Der Kassirer. Kaßler.

Briefkasten.

Wegen Mangel an Raum mußten zurückgestellt werden: Berichte aus Frankfurt, München, Schöneberg, Rummelsburg, Bremen, Dresden, Waldenburg, Wedding, Görlitz, Königsberg und Hamburg.

D. R.

Veränderungen im Versammlungsanzeiger.

Chemnitz. Jeden ersten Sonnabend im Monat in Stadt Melsen.
München. Jeden 2. Samstag im Restaurant Dall' armi.
Waldenburg i. Schl. Alle 14 Tage Sonntags Nachm. 3 Uhr in Fischers Restaurant, Altwasser.
Lübeck. Dienstag nicht Sonntag.
Bochum. Jeden 2. Sonntag im Monat, Nachm. 6 Uhr, bei Keller, Roon- und Marienstr.-Ecke.
Weißwasser. Jeden ersten Sonnabend, Abends 8½ Uhr, im Hotel Stadt Muskau. Daselbst jeden Sonntag Vormittag von 9—11 Uhr Beitragszahlung.

Achtung! Halberstadt!

Am 8. d. Mts. hat im Beisein der ganzen Ortsverwaltung und dreier Revisoren eine Prüfung der Bücher und Kasse der hiesigen Zahlstelle stattgefunden. Es ist dabei konstatirt worden, daß sich alles in bester Ordnung befindet und somit das Gerücht betr. Unregelmäßigkeiten in der Kasse auf Unwahrheit beruht.

J. Meins, Bevollmächtigter.

Achtung! Königsberg i. Pr. Achtung!

Am **Sonnabend, den 15. Februar 1902** findet im **Eden-Theater-Junsen** ein **humoristisch-dramatisches**

Familien- und Kappenfest

statt. — Die Verbandskollegen werden höflichst ersucht, sich mit ihren Familien hierbei recht rege zu betheiligen.

Gäste willkommen. Anfang Abends 8½ Uhr.

Karten à 35 Pfg. sind im Verbandsbureau, Magisterstraße 17, bei den Kassirern und sämmtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben.

Garderobe frei.

NB. Kappen, Nasen und verschiedene andere Scherzartikel sind im Festlokale zu haben.

Das Fest-Komitee.

Dresden.

Fastnachts-Dienstag, den 11. Februar:

V. Stiftungs-Fest

in sämmtlichen Räumen des **Trianon**, Schützenplatz-Ostraallee.

Bestehend aus **humoristischem Konzert**, ausgeführt von der berühmten **Elbgausängertruppe**, der Herren H., Br. und R. Bobe, A. Benewitz und H. Fiedler.

Festrede, geh. v. Reichstags-Abgeordneten Dr. Südekum, und **Ball** mit großem Kotillon.

Anfang 8 Uhr. Ende früh 4 Uhr.

Karten à 30 Pfg. sind im Büreau, Kaulbachstr. 16, sowie bei den Hilfskassirern und Vorstandsmitgliedern zu haben.

Zahlreichen Besuch erwartet **Das Komitee.**

Donnerstag, den 6. Februar 1902:

Kutscher-Versammlung

in der **Walhalla**, Eingang Jodweg 19 Hths.

Einlaß 8 Uhr. Anfang 9 Uhr.

Sonnabend, den 8. Februar 1902, Abends 9 Uhr:

Monats-Versammlung

im **Gasthaus zum Jenefelder**, Kaulbachstr. 16, Saal.

Potschappel.

Sonntag, den 9. Februar, Nachm. 3 Uhr:

Versammlung

im **Deutschen Hause.**

Dresden.

Freitag, den 14. Februar 1902:

Droschkenführer-Versammlung

im **Trianon**, Schützenplatz.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Der wirthschaftliche Niedergang und seine Folgen für die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. 2. Die Vortheile der Organisation. Referent: Kollege Otto Nichter aus Chemnitz.

Magdeburg.

Büreau: Stephansbrücke 38. Telephon: Nr. 276.

Am **Sonnabend, den 8. Februar**, Abends 8½ Uhr, im **Bürgerhaus**, Stephansbrücke 38:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Bender. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Bochum.

Sonntag, den 9. Februar, Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Wirths **Fr. Keller**, Roon- u. Marienstr.-Ecke.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Einzahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Koll. Dettmering. 3. Verschiedenes.

Nichtmitglieder willkommen.

Die Ortsverwaltung.

Bremen.

Am **Sonntag, den 9. Februar 1902,** findet die

Sektions-Versammlung

der Last-, Schlachtfuhrleute und anderer Arbeiter bei **Carl Greve,** Greenstr. 11, statt.

Wir ersuchen sämmtliche Kollegen dieser Sektion, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Weimar.

Sonntag, den 23. Februar 1902:

III. Stiftungsfest

verbunden mit

Konzert und Gesangsaufführungen

und

Ball

im Gasthof „Zum deutschen Kaiser".

Anfang 7 Uhr. Ende früh.

Zu zahlreicher Betheiligung ladet ein

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Görlitz. Achtung!

Mittwoch, den 5. Februar 1902, Abends 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei **Arlt,** Langestr. 48.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen Lindner über die Gewerbe-Ordnung. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen zu dieser Versammlung ist jedes Mitglieds Pflicht. Neue Kollegen sind mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Velten.

Am **Sonntag, den 9. Februar,** Nachm. 2 Uhr, bei **Sigmund Gericke:**

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Kassen- und Geschäftsbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig.

Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 1. Februar: Vorstandssitzung im Verbandslokal.

Der Bevollmächtigte.

Achtung! Achtung! Rathenow.

Sonntag, den 9. Februar 1902, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Aler,** Mühlenstraße:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Referent Gen. Schmidt. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Hierzu sind alle Kutscher und die im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.

Wandsbeck.

Mittwoch, den 5. Februar, Abends 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei **August Fehn,** Sternstr. 27.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 3. Verlesung sämmtiger Zahler und Ausschluß derselben. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Mehr als 147.100 Artikel und Verweisungen.
MEYERS KONVERSATIONS-LEXIKON
Vollständig liegt vor in 5., neubearbeiter und vermehrter Auflage:
18.100 Seiten Text. 10.500 Abbildungen.
Probehefte und Prospekte gratis durch jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig.
272 Hefte je 50 Pf. 17 Bd. je 8 Mk. 17 Bd. in Halbl. geb. je 10 Mk.
Mit 1098 Bildertafeln und Kartenbeilagen.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In **Berlin** der Kollege **Otto Schulz.**
In **Tegel** der Kollege **Fritz Buchelt.**

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Max Pause, Rixdorf. — Druck: Maurer & Dimmick, Berlin S., Louisen-Ufer 11.